



eMagazin **FREIE  
WÄHLER**  
Oberbayern

ANPACKEN FÜR BAYERN

**WIR LIEFERN,  
WAS WIR VERSPRECHEN**

**Interview  
Hubert Aiwanger**

**Bilanz nach  
fünf Jahren Koalition**

**Abschaffung  
der Erbschaftssteuer**



**FREIE  
WÄHLER**

**HANDWERK UND  
MITTELSTAND STÄRKEN**

**ANPACKEN FÜR BAYERN**

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie haben sich gerade eine geballte Ladung Informationen über die FREIE WÄHLER Bayern heruntergeladen, vorab vielen Dank für Ihr Interesse.

Am 8. Oktober 2023 ist die Landtagswahl in Bayern, mit der die Richtung für die nächsten fünf Jahre festgelegt wird. Hier gilt es zu entscheiden, ob wir in Bayern künftig noch Grüner, noch AfD-lastiger, eine Alleinherrschaft der CSU haben, oder durch eine Weiterführung der erfolgreichen Koalition auch künftig eine Politik mit Augenmaß und gesundem Menschenverstand möglich ist.

Die Wahl findet dieses Mal in einer sehr bewegten Zeit statt, in der sich eine Art Konkurrenzkampf um die Wichtigkeit der Themen zwischen den Parteien, aber auch zwischen den Medien entwickelt hat. Bei derart vielen, meist sehr komplexen Themen fällt es immer schwerer, zwischen den Parteien zu differenzieren.

Wofür wir FREIE WÄHLER stehen, für welche Überzeugungen wir kämpfen, woher wir kommen und was wir erreichen wollen, das alles erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

Wir haben die Inhalte für Sie redaktionell aufbereitet, um Ihnen das Lesen angenehmer und abwechslungsreicher zu machen. So finden Sie Interviews aller unserer Minister, Artikel über unser Engagement auf Bundesebene und unsere Arbeit im EU-Parlament und auch ein wenig Basiswissen über die FREIE WÄHLER.

Alle Informationen zusammen sollen Ihnen ein noch detaillierteres Bild von uns FREIE WÄHLER geben. Blättern Sie hinein und falls Sie sich bei dem einen oder anderen Thema wiederfinden und damit identifizieren können, würden wir uns freuen, wenn Sie uns bei der Wahl mit Ihrer Stimme unterstützen und natürlich auch, wenn Sie den Link zu unserem eMagazin an Kollegen, Freunde und Bekannte weiterleiten.

Es grüßen Sie herzlich die Bezirksvorsitzenden von München und Oberbayern.

**Florian Streibl**  
(Bezirksvorsitzender Obb.)

**Michael Piazzo**  
(Bezirksvorsitzender München)



# INHALT



6



16



28

## IMPRESSUM

FREIE WÄHLER Oberbayern e. V.  
Giesinger Bahnhofplatz 8  
81539 München  
Tel.: 089-9542876-69  
geschaefsstelle@fw-oberbayern.de

Konzept, Objektleitung und V.i.S.d.P.  
Bernd Heilmeier  
Giesinger Bahnhofplatz 8  
81539 München

Redaktion:  
Heiner Sieger (Ltg.), Christoph Hollender

Autoren der Ausgabe:  
Bernd Heilmeier, Otto Bulßjäger, Ulrike Müller

Titelgestaltung & Design:  
Saskia Kölliker, Grafik München

Bildquellen falls nicht gekennzeichnet Adobestock, Shutterstock

### FREIE WÄHLER IM PARTEIENSPEKTRUM

**Für solide Staatsfinanzen, Verlässlichkeit  
und Transparenz in der Politik**

5

### WIRTSCHAFTSPOLITIK

**„Die Unternehmen brauchen  
Planungssicherheit“**

6

### UNTERNEHMERSTIMMEN

**Fokus auf Handwerk und Mittelstand**

9

### POLITISCHE GRUNDSÄTZE

**Chance Oberbayern.  
Modern, liebenswert und leistungsfähig**

10

### INTERVIEW FLORIAN STREIBL

**„Wir brauchen eine Allianz der Vernünftigen“**

12

### BILANZ NACH FÜNF JAHREN KOALITION

**Berechenbare Politik für Bayern**

14

### ERBSCHAFTSSTEUER

**„Die Erbschafts- und Schenkungssteuer  
ist kontraproduktiv“**

16

### BILDUNGSPOLITIK

**„In allen Schularten ist die digitale Bildung als  
Bildungs- und Erziehungsziel verankert.“**

18

### ZIELE FÜR DIE NÄCHSTE LEGISLATURPERIODE

**Handeln mit gesundem Menschenverstand**

20

### UMWELTPOLITIK

**„Wir müssen die Energieversorgung  
der Zukunft neu denken“**

22

### FREIE WÄHLER AUF BUNDESEBENE

**Allseits anerkannte politische Arbeit**

24

### FREIE WÄHLER IN EUROPA

**Pragmatisch und ergebnisorientiert anpacken**

25

### POLITISCHE ERFOLGE

**Wir liefern, was wir versprechen!**

26

### ENERGIEWENDE

**Energiewende mit Verstand**

28

### BEZIRKSTAG

**„Der Personalnotstand im Bereich der Pflege  
ist ein richtig großes Thema.“**

30

# FÜR SOLIDE STAATSFINANZEN, VERLÄSSLICHKEIT UND TRANSPARENZ IN DER POLITIK

**FREIE WÄHLER sind bürgerlich-liberal und treten für die Sicherung der Bürgerrechte und damit der Freiheit des Einzelnen ein. Sie wollen Bewährtes erhalten und mit den Anforderungen der modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt in Einklang bringen. VON BERND HEILMEIER**

**F**ür die Einordnung der FREIE WÄHLER im deutschen Parteienspektrum ist es wichtig zu wissen, wofür wir eintreten und welche Ziele wir verfolgen. Dazu heißt es in unseren Grundsätzen: „Unsere Mitglieder stehen im Berufsleben, sind Experten, erfolgreiche Kommunalpolitiker. Viele von uns kommen aus den parteilosen Wählergemeinschaften, Bündnissen und Initiativen, die bundesweit rund 280.000 Mitglieder zählen. Diese Kompetenz wollen wir auch in den Bundestag tragen. Denn dort fallen immer mehr Entscheidungen, die die Kommunen und die Bürger tagtäglich betreffen. Diese wollen wir zum Wohl der Bürger im Bundestag beeinflussen und gestalten.“

## **Bekennnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung**

FREIE WÄHLER bekennen sich zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Wir stehen für solide Staatsfinanzen, Verlässlichkeit und Transparenz in der Politik. FREIE WÄHLER sind unabhängig und wertkonservativ. Wir setzen uns nachdrücklich für den Erhalt gewachsener lokaler, regionaler und überregionaler Traditionen ein. Wir sind zugleich auch bürgerlich-liberal, denn wir treten für die Sicherung der Bürgerrechte und damit der Freiheit des Einzelnen ein. Wir wollen Bewährtes erhalten und mit den Anforderungen der modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt in Einklang bringen. Unsere Politik stellt den Menschen und sein Wohl in den Mittelpunkt. Durch unsere starke kommunale Verwurzelung können wir unsere über Jahre gesammelten Erfahrungen aus Rathäusern, Kreistagen und Bezirkstage in die Landtage, den Bundestag und in das EU-Parlament einbringen.


» Wir FREIE WÄHLER sind unabhängig und wertkonservativ. Wir setzen uns nachdrücklich für den Erhalt gewachsener lokaler, regionaler und überregionaler Traditionen ein. Wir wollen Bewährtes erhalten und mit den Anforderungen der modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt in Einklang bringen.«

Ein wesentliches Merkmal der FREIE WÄHLER möchte ich hervorheben, um aufzuzeigen, wie sehr wir uns von den anderen Parteien unterscheiden: Um als Partei und Organisation auch weiter unabhängig zu sein, wurde in der Satzung der FREIE WÄHLER eine Spendenbegrenzung fest verankert. Privatpersonen dürfen nicht mehr als 50.000 Euro und Unternehmen nicht mehr als 20.000 Euro pro Jahr an die Partei spenden.

## **Vernünftige Sachpolitik und Schlagabtausch im Parlament**

Die freie Abstimmung im Parlament darf nicht von einem Direktmandat abhängig sein.

Aus dem Politikverständnis der FREIE WÄHLER heraus ist dies hinsichtlich einer guten, vernünftigen Sachpolitik ein nicht unerhebliches Hindernis und fördert geradezu den Lobbyismus. Gerade der offene Schlagabtausch im Parlament ist für uns ein wichtiges Merkmal einer parlamentarischen Demokratie. Aus unserer Sicht darf es keine Ressentiments gegenüber Andersdenkenden geben.

FREIE WÄHLER stehen für Sachpolitik und Transparenz. Unser Basiscredo, wie „sachbezogen, unabhängig und bürgernah“ ist zugleich unsere politische Verpflichtung. So stimmen FREIE WÄHLER in den Parlamenten, sofern sie keine eigene Position vertreten, je nach Sachlage wechselnd mit den anderen Parteien. Der Slogan „Der Mensch im Mittelpunkt“ ist keine leere Worthülse für uns. 

HUBERT AIWANGER

# „DIE UNTERNEHMEN BRAUCHEN PLANU

**Hubert Aiwanger, seit November 2018 stellvertretender bayerischer Ministerpräsident sowie bayerischer Wirtschaftsminister, über die Energieversorgung der Zukunft, Digitalisierung und Start-ups als künftige Wachstumstreiber.**

**Eines der heikelsten Themen dieser Tage ist die Energiesicherheit: Wie positioniert sich Bayern als Vorreiter bei der Zukunftstechnologie Wasserstoff?**

**HUBERT AIWANGER:** Wasserstoff ist die Lösung für Wirtschaft und Umweltschutz. Vor Jahren sind wir von den Grünen belächelt worden, als wir FREIE WÄHLER auf die Notwendigkeit von Wasserstoff für die Energiewende ausdrücklich hingewiesen haben. Bereits im Mai 2020 haben wir unsere Wasserstoffstrategie vorgestellt. Vom technologischen Vorsprung gegenüber anderen Bundesländern profitieren wir heute enorm. Bayerische Firmen wie der Wasserstoff-LKW-Hersteller Quantron aus Augsburg erhalten Großaufträge aus den USA. Das zeigt die industriepolitische Chance für grünen Wasserstoff als Energieträger der Zukunft. Andere führende Industrienationen haben den großen Handlungsbedarf längst erkannt, während der Bund noch immer zu träge agiert. Mehr als 95 Prozent unserer heutigen Gasinfrastruktur ist wasserstofftauglich – der Umbau muss schleunigst beginnen. Wasserstoff muss Massenprodukt werden: Beim Heizen, in der Industrie und im Verkehr!

**Wie treiben Sie den Ausbau aller Erneuerbaren Energien voran, Stichwort internationale Rohstoffpartnerschaften?**

**HA:** Eine starke Wirtschaft ist die wichtigste Grundlage für die Energiewende. Es gilt, Wohlstand zu erhalten und die Deindustrialisierung, in der wir uns bereits befinden und die durch weitere wirtschaftsfeindliche Ampel-Gesetze vorangetrieben werden soll, abzuwenden. Wir fördern in Bayern alle Erneuerbaren Energien massiv. Bayern ist Photovoltaik-Land Nummer 1, wir haben die 10-H-Regel für Windenergie gelockert, wir setzen auf Geothermie und kämpfen für den Erhalt von Holz als Heizmittel, wie Pellets, Hackschnitzel, Scheitholz. Wir FREIE WÄHLER sind Wasserstoff-Vorbild für ganz Deutschland. Zu betonen ist aber auch: Die Energiewende muss mit gesundem Menschenverstand und nicht mit der ideologischen Brechstange realisiert werden. Der Erfolg aller Bemühungen steht und fällt mit der Akzeptanz der Bürger. Unsinnige, realitätsferne Verbote und damit einhergehender Wohlstandsverlust verhindern Klimaschutz letztlich. Für internationale Rohstoffpartnerschaften bin ich als Wirtschaftsminister weltweit unterwegs. Die Versorgung mit Wasserstoff aus Nordafrika über Italien und Österreich bietet große Chancen. Denn die heimische Produktion allein wird den in Zukunft deutlich steigenden Bedarf nicht decken können.

**Was setzen Sie dem grünen Trend zur Deindustrialisierung Deutschlands entgegen? Wie stellen Sie sicher, dass Schlüsselindustrien auch künftig in Bayern angesiedelt sind?**

**HA:** Was zum Rückgang der Wirtschaftskraft bis in die Rezession führt, ist vor allem die immer größere Unsicherheit, ausgehend von einer völlig zerstrittenen Bundesregierung. Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit, kein Energieeffizienz-Gesetz, das in Wirklichkeit ein Energieschrumpfungs-Gesetz ist. Ich stehe in engem Austausch mit der Bayerischen Industrie- und Handelskammer. Es ist bei den führenden Wirtschaftsexperten des Freistaats Konsens, dass die Gesetzesvorhaben der Ampel unweigerlich zu weiterer Unternehmens-Abwanderung und Wohlstandsverlust führen werden. Die Deindustrialisierung scheint Teil des Ampel-Plans zum Umbau von Deutschland zu sein. Das müssen wir unbedingt verhindern. Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Schlüsselindustrien wie die Chemieindustrie weiter im Freistaat produzieren und die Weichen so stellen, dass der Wandel zur Klimaneutralität gelingt. Dafür ist extrem viel Strom und grüner Wasserstoff erforderlich.

**» Eine starke Wirtschaft ist die wichtigste Grundlage für die Energiewende. Es gilt, Wohlstand zu erhalten und die Deindustrialisierung, in der wir uns bereits befinden und die durch weitere wirtschaftsfeindliche Ampel-Gesetze vorangetrieben werden soll, abzuwenden.«**

Der Strombedarf, z.B. des Chemiesdreiecks wird sich demnach bis 2030 verdoppeln und ohne Wasserstoffversorgung sogar knapp verdreifachen. Wir setzen uns daher gegen alle Widrigkeiten dafür ein, schnell und zuverlässig ausreichend Strom und Wasserstoff im Land zu haben. Zusätzlich stärken wir durch Großprojekte wie die Halbleiter-Initiative Bayern unsere Unabhängigkeit vom Weltmarkt. Wertschöpfung soll verstärkt in Bayern bleiben, dafür schaffen wir die politischen Rahmenbedingungen – auch um für zukünftige Krisen besser gewappnet zu sein.

**Bei der Digitalisierung liegt Deutschland im internationalen Vergleich weit zurück. Wie unterstützt Ihre Politik den Einsatz digitaler Technologien im Mittelstand?**

**HA:** Bayern ist bei der Digitalisierung auf dem Vormarsch, das zeigt sich unter anderem an der wachsenden Start-up-Szene und den vielen Gründern und Anpackern im Freistaat. Bei den pro-Kopf-Gründungen haben wir in München sogar Berlin überholt. Unser Erfolgsrezept: Pragmatismus und gesunder Menschenverstand. Das heißt: Kurze Wege, Gründungsexpertise, digitale Kompetenz und ein starkes Netzwerk.

# UNGSSICHERHEIT“



Wir FREIE WÄHLER wollen die Gründer-Erfolge der Stadt auf den ländlichen Raum ausweiten. Das Wirtschaftsministerium bietet hohe Fördersummen und unterstützt das bayernweite Netzwerk der digitalen Gründerzentren massiv, sodass alle Seiten vom Know-How-Austausch profitieren. Zusätzlich haben wir den Tag des Handwerks für alle Schülerinnen und Schüler in Bayern ins Leben gerufen. Es ist nie zu früh, aufzuzeigen, welche großen Möglichkeiten die handwerkliche Ausbildung in den verschiedensten Bereichen für den weiteren Lebensweg bietet. Für uns gilt: Meister und Master sind als gleichwertig anzusehen. Wir haben den Meisterbonus auf 3000 Euro erhöht und fördern Berufspraxis in Schulen. Der zielgerichtete Einsatz von künstlicher Intelligenz wird für Unternehmen immer unerlässlich. Gleichzeitig muss klar sein, dass die menschliche Expertise nicht zu ersetzen ist und auch in Zukunft nicht zu ersetzen sein wird.

## **Ohne zeitgemäße Versorgung mit Internet- und Mobilfunk läuft der mögliche Einsatz digitaler Technologien ins Leere. Wie treiben Sie den Netzausbau voran?**

**HA:** Ein flächendeckend starkes Internet- und Mobilfunk-Netz ist im 21. Jahrhundert Grundvoraussetzung für eine starke Industrienation. Die Mobilfunk-Versorgung entlang der meisten Bahnstrecken und Bundesstraßen muss seit dem 31. Dezember 2022 mit mindestens 100 Mbit pro



**Wir FREIE WÄHLER wollen die Gründer-Erfolge der Stadt auf den ländlichen Raum ausweiten. Das Wirtschaftsministerium bietet hohe Fördersummen und unterstützt das bayernweite Netzwerk der digitalen Gründerzentren massiv, sodass alle Seiten vom Know-How-Austausch profitieren.«**


Sekunde erfolgen. Um festzustellen, ob die Netzbetreiber Telekom, Telefonica und Vodafone ihre Auflagen erfüllen, messen wir in Bayern als einziges Bundesland selbst nach! Ergebnis: Die Netzbetreiber erfüllen ihre Auflagen nicht. Der Schön-Rechnerei der Bundesnetzagentur, die dann Mobilfunkwerte von allen drei Anbietern zusammenzählt, um ein gutes Ergebnis für ihre Arbeit zu erhalten, schieben wir so einen Riegel vor und wollen stattdessen Strafzahlungen für die Verzögerungen durchsetzen. Außerdem braucht es eine Abkehr vom Versteigerungssystem der Frequenzvergaben. Die bisherigen Versteigerungen brachten dem Staat viel Geld, aber keine optimale Versorgung. Eine solche Ineffizienz können wir uns nicht leisten. In Zukunft muss das Geld ohne Umwege direkt in den Ausbau fließen. Ein Ausschreibungsverfahren ist deshalb die bessere Alternative. Hier verpflichten sich die Netzbetreiber, im Gegenzug zu den Funkfrequenzen die Netze verbindlich und umfassend auszubauen.

**Start-ups gelten als Wachstumstreiber und Speerspitze zukunftsweisender Technologien. Doch Gründer werden noch immer eher stiefmütterlich behandelt. Was setzen Sie in Bewegung, um Bayern zum Gründerstandort Nummer 1 in Europa zu machen?**

**HA:** Überall in Bayern gibt es Menschen mit guten Geschäftsideen. Wir wollen sie unterstützen und ihnen Mut machen, ihre Pläne in die Tat umzusetzen. Nicht oft genug ist deshalb zu sagen: Die übertriebene Bürokratie auf EU- und Bundesebene muss weg. Denn Bürokratie stoppt den Innovations-Motor Bayern. Genehmigungsverfahren müssen schneller und einfacher werden. Der Elektrolyseur in Wunsiedel, bayerisches Vorzeigeprojekt für innovativen Klimaschutz durch grünen Wasserstoff, wurde durch Bundespolitik auf Eis gelegt. Bayerisches Unternehmertum braucht Schwung und Unterstützung, keine bürokratische Vollbremsung aus nichtigen Gründen. Wir FREIE WÄHLER fördern den Bayerischen Ideenreichtum massiv. Mit den Gründungstagen bringen wir Engagierte aus Gründungszentren, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Hochschulen und viele weitere Partner im ganzen

Freistaat zusammen. Die Erfahrung zeigt, dass ein gutes Netzwerk den Aufbau des eigenen Unternehmens erleichtert. Dank unserer vielen Partner ist kein Gründer auf sich allein gestellt. Mittlerweile beheimatet das Gründerland Bayern 19 digitale Gründerzentren an 28 Standorten – Tendenz weiter steigend.

**Wie gehen Sie die Flexibilisierung der Arbeitszeit in einer zunehmend hybriden Arbeitswelt an?**

**HA:** Klar ist: Wir brauchen eine Flexibilisierung der starren deutschen Arbeitszeitvorgaben. Zum einen wollen immer mehr Menschen die Möglichkeit, die wöchentliche Arbeitszeit selbständig auf die Arbeitstage aufzuteilen. Zum anderen wurde durch das verstärkte Home-Office in Corona-Zeiten deutlich, dass das Arbeiten von zuhause problemlos funktioniert. Deshalb muss die überfällige Flexibilisierung der Arbeitszeit, hin zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit, endlich angepackt werden. Das verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und entspricht den Vorstellungen, die Arbeitnehmer und Unternehmen von einer modernen Arbeitswelt haben. Wenn der Start-up-Mitarbeiter lieber drei Zwölf-Stunden-Tage in der Woche arbeitet, um den vierten und fünften Tag mit seiner Tochter mehr Zeit zu verbringen, darf ihm die Gesetzgebung keinen Strich durch die Rechnung machen. Abgesehen von der Arbeitszeit, braucht es steuerliche Entlastungen im Niedriglohnsektor – wir FREIE WÄHLER fordern 2000 Euro pro Arbeiter im Monat steuerfrei - und intelligent ausgestaltete Hinzuverdienstmöglichkeiten, auch zugunsten arbeitender Rentner. 

**» Klar ist: Wir brauchen eine Flexibilisierung der starren deutschen Arbeitszeitvorgaben.**

**Deshalb muss die überfällige Flexibilisierung der Arbeitszeit, hin zu einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit, endlich angepackt werden. Das verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und entspricht den Vorstellungen, die Arbeitnehmer und Unternehmen von einer modernen Arbeitswelt haben.“**



Bild: Freie Wähler Bayern / privat



# FOKUS AUF HANDWERK UND MITTELSTAND

Aus der Region für die Region: Die FREIE WÄHLER kämpfen für die Belange der Unternehmer



**STEPHANIE LAAKMANN,**  
Geschäftsführerin  
der PWC GmbH

„**ICH BIN SEIT 15 JAHREN UNTERNEHMERIN** in Gilching im Landkreis Starnberg. Die Firma PWC GmbH führt Dopingkontrollen im Spitzensport durch. Aufmerksam geworden bin ich auf die FREIE WÄHLER auf kommunaler Ebene. Bei uns im Landkreis und in der Gemeinde haben sich die FREIE WÄHLER immer stark gemacht für die heimischen Betriebe: Zum Beispiel, wenn es um Erweiterungsmöglichkeiten für ansässige Unternehmen geht oder bei der Festsetzung angemessener Gewerbesteuerhebesätzen.

Mir gefällt, dass die FREIE WÄHLER in der Landespolitik ihren Fokus auf dem Handwerk und dem Mittelstand haben. Das sind

zum Beispiel Themen wie: den Erhalt und die Wiedereinführung der Meisterpflicht, die kostenlose Meisterausbildung und die Duale Berufsausbildung aufzuwerten. Aber auch die steuerliche Entlastung des Mittelstands und die steuerliche Förderung von Mittelständlern bei Forschung und Entwicklung oder eben die Regionalbanken zu erhalten, um so die Kreditversorgung für den Mittelstand zu sichern.

Als Unternehmer sind mir Regionalität und regionale Wertschöpfung eine Herzensangelegenheit und eben auch der FREIE WÄHLER: Meines Erachtens sollte es das Bestreben aller Politiker sein unsere heimische Wirtschaft zu stärken.“

**ALS SELBSTÄNDIGER BÄCKERMEISTER** mit rund 20 Mitarbeitern, aber auch als Kommunalpolitiker der FREIE WÄHLER in Bayern seit mehr als 20 Jahren, mache ich mir große Sorgen um den Zusammenhalt der bisher sehr gut funktionierenden Strukturen im Mittelstand, Handwerk, Gastronomie und Landwirtschaft. In Bayern gibt es knapp 614 000 mittelständische Unternehmen mit über 4,3 Millionen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen und fast 200 000 Ausbildungsplätze. Wir bilden aus, wir bieten wohnortnahe Arbeitsplätze, wir kümmern uns um die sozialen Strukturen in unseren Städten und Gemeinden wie etwa beim Sponsoring der Vereine und sozialen Einrichtungen, wir erhalten und bewahren unsere Natur und Kulturräume, wir beleben die Innenstädte und nicht zuletzt erwirtschaften wir mit unserer Steuerkraft einen großen Teil der doch oft nicht mehr nachvollziehbaren Ausgaben der Regierenden.

Die Regierung in Berlin weiß meines Erachtens nicht mehr weiter, und mittlerweile habe ich das Gefühl, das nicht wirklich alles getan wird, um dem Untergang des Mittelstandes Herr zu werden. Nein im Gegenteil, ich befürchte sogar, dass diese Entwicklung bewusst in Kauf genommen wird und durch die Regulierungswut und Bürokratisierung noch befeuert wird. Auf der ganzen Welt werden wir genau für diese wirtschaftlichen Strukturen beneidet. Strukturen, die mit dieser untätigen Profilierungspolitik zerstört werden. Als FREIER WÄHLER und Mittelständischer Handwerksmeister ist es mir wichtig, das Politik aus der Mitte der Gesellschaft heraus gemacht wird. Die FREIE WÄHLER sind genau diese Kraft, verwurzelt in den Kommunen, Städten und Landkreisen mit Sachverstand und bürgernahe Realitäten.



**KONRAD SPECKER,**  
Bäckerei zum Speckerbäck  
Gemeinde- Kreis und  
Bezirksrat Bad Heilbrunn



**MATTHIAS VILSMAYER,**  
Geschäftsführer der  
blueants Süd GmbH  
Vorstand im Unternehmer-  
verband zur Wirtschafts-  
förderung im Landkreis  
Starnberg e.V. (UWS)

**SEIT 25 JAHREN BIN ICH UNTERNEHMER** in Gilching im Landkreis Starnberg tätig. Für die FREIE WÄHLER bin ich fast ebenso lange Zeit kommunalpolitisch aktiv, und zwar als Gemeinderat, Kreisrat und als stellvertretender Landrat. Regionalität und regionale Wertschöpfung sind Herzenthemen der FREIE WÄHLER nach dem Motto: „Unser Bestreben ist die heimische Wirtschaft zu stärken.“

Das spüren auch die Unternehmer vor Ort hautnah: Der intensive Einsatz für die Belange der heimischen Betriebe ist quasi ein Markenzeichen der Partei. Auf kommunaler Ebene geht es dabei um ein breites Spektrum an Themen von der möglichen Ansiedlung über Erweiterungsmöglichkeiten für

ansässige Unternehmen bis zur Festsetzung angemessener Gewerbesteuerhebesätze.

Aber nicht nur auf kommunaler Ebene, auch in der Landespolitik haben die FREIE WÄHLER den Fokus ihrer Arbeit auf Mittelstand und Handwerk. Ein Kernthema dabei ist die steuerliche Entlastung mittelständischer Unternehmen und die steuerliche Förderung von Mittelständlern mit Blick auf Forschung und Entwicklung. Gleichzeitig kämpft die Partei vorbildlich für den Erhalt der Regionalbanken. Nur so lässt sich die Kreditversorgung für den Mittelstand sichern. Beim Handwerk gilt der Einsatz dem Erhalt und der Wiedereinführung der Meisterpflicht, der kostenlosen Meisterausbildung und nicht zuletzt der Aufwertung der dualen Berufsausbildung.

## CHANCE OBERBAYERN.

# MODERN, LIEBENSWERT UND LEISTUN

**Das neue Grundsatzprogramm der FREIE WÄHLER setzt auf Regionalität und beste Bedingungen für die bayerische Wirtschaft. VON OTTO BUSSJÄGER\***

**W**ir FREIE WÄHLER stehen für eine nachhaltige Wirtschaft, regionale Wirtschaftskreisläufe, ein Wachstum mit Außenmaß und ein soziales, verantwortliches Wirtschaftssystem, umweltverträglich und zukunftsfähig. Weil die Ausgewogenheit im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft unser Ziel ist, unterstützen wir innovatives, soziales Unternehmertum, also Unternehmen, die sich mit der Lösung gesellschaftlicher und ökologischer Probleme befassen und unserer Gesellschaft einen sozialen Mehrwert bieten.

## Chancengleichheit für mittelständische Unternehmen

Das Rückgrat unseres Wirtschaftssystems sind die mittelständischen Unternehmen und die vielen kleinen Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, die häufig inhaber- oder familiengeführt sind und so ein Garant für gesellschaftliche Verankerung und langfristige Verantwortung. Die Vielfalt der KMU in Kombination mit der Leistungsfähigkeit der Fachkräfte und Angestellten bilden den Wohlstand unserer Gesellschaft. Dass Mittelständler andere Anforderungen an die Wirtschaftspolitik haben als global agierende Konzerne, liegt auf der Hand. Ihnen möchten wir den Zugang zu Fachkräften, zu Kapital und auch zu Förderprogrammen erleichtern und dazu auch die immensen bürokratischen Auflagen und Verordnungen reduzieren. Zudem

**Wir wollen starke, attraktive ländliche Räume und leistungsfähige Zentren, weshalb wir quer durch Bayern zuverlässige, effiziente Infrastrukturen benötigen. Dazu gehört der Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge ebenso wie der Ausbau von Lieferketten oder die Förderung lokaler Erzeuger und Dienstleister.«**

sollten nationale und regionale Ausschreibungen bei europäischen Maßnahmen und Vorgaben künftig berücksichtigt werden. Wir brauchen standardisierte regionale Vorgaben, bei der sich auch kleine Betriebe ohne große bürokratische Hindernisse beteiligen können. Kommunen sollten bei der Vergabe von Aufträgen mit gutem Beispiel vorangehen und regionale Unternehmen bevorzugen.

## Regionalität gehört die Zukunft

Regional, transparent, ökologisch und widerstandsfähig – das ist unser Credo! Es gibt viele Gründe, warum wir auf Regionalität setzen: Sie trägt zur Nachhaltigkeit bei, zum Klimaschutz durch kürzere Transportwege und weniger Emissionen, zum Erhalt unserer Kulturlandschaft, vor allem aber zu einem sozialen regionalen Wirtschaftskreislauf. Davon profitiert die ganze Region – angefangen vom Erhalt von Arbeitsplätzen und Betrieben über eine Steigerung der regionalen Wertschöpfung, eine verbesserte Steuerkraft der Kommunen bis zum Erhalt von Lebensräumen für eine vielseitige Flora und Fauna. Nicht zuletzt bringt Regionalität auch Verbrauchern einen Zugewinn, weil regionale Produkte auch dann verfügbar sind, wenn der globale Markt schwankt und Lieferketten instabil sind.

Verantwortlichen vor Ort liegt die Region immer am Herzen, sie legen Wert auf eine gesunde Umwelt, ein angenehmes Arbeits- und Wohnumfeld, günstige Preise und eine ausgewogene Zukunftsplanung. Sie wollen den Lebensraum für die nächsten Generationen erhalten und ihnen ihre Heimat so überlassen, dass sie sie noch selbst gestalten können.

## Zuverlässige Infrastrukturen schaffen

Wir wollen starke, attraktive ländliche Räume und leistungsfähige Zentren, weshalb wir quer durch Bayern zuverlässige, effiziente Infrastrukturen benötigen. Dazu gehört der Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge ebenso wie der Ausbau von Lieferketten oder die Förderung lokaler Erzeuger und Dienstleister. Unser Konzept „Mobilität und Verkehr neu denken“ orientiert sich an dem, was die Menschen vor Ort brauchen, d.h. maßgeschneiderte Konzepte für jede Region. Wir denken in Verkehrsverbänden aus Bahn und Bus kombiniert mit Sharing-Systemen und dem Individualverkehr aus Auto und Fahrrad, einen barrierefreien ÖPNV und ein attraktives Radwegnetz, mit dem alle bayerischen Städte und Gemeinden über das bestehende Straßen- und Wegenetz möglichst durchgängig und direkt miteinander verbunden sind.

Die Energiewende ist eine extreme Herausforderung – für Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger und die Kommunalpolitik. Wer bei uns unternehmerisch tätig ist und weiterhin investieren soll und will, muss sich auf eine langfristig

# GSFÄHIG

» Wer bei uns unternehmerisch tätig ist und weiterhin investieren soll und will, muss sich auf eine langfristig sichere Energieversorgung verlassen können. Seit jeher befürworten wir eine dezentrale Erzeugung und Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen – von Solarthermie und Fotovoltaik über Wasserkraft und Geothermie bis zu Bio- und Windenergie.«

sichere Energieversorgung verlassen können. Seit jeher befürworten wir eine dezentrale Erzeugung und Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen – von Solarthermie und Fotovoltaik über Wasserkraft und Geothermie bis zu Bio- und Windenergie. Eine bezahlbare, umweltfreundliche und zuverlässige Energieversorgung ist substanziell für den Wirtschaftsstandort Oberbayern. Unsere geographische Lage und die landwirtschaftlichen Voraussetzungen bieten beste Möglichkeiten zur Nutzung verschiedenster regenerativer Energien. Die Förderung regionaler Unternehmen und kleiner Umwelthanlagen mit Hilfe von Bürgerbeteiligungen schafft Versorgungssicherheit in der Fläche.

Dem Fachkräftemangel wollen wir nicht nur durch eine Verbesserung der Infrastrukturen inklusive einer flächendeckenden Digitalisierung entgegenwirken. Wir brauchen zeitgemäße und vielfältige Bildungs- und Kulturangebote sowie verbesserte Ansiedlungsmöglichkeiten, etwa im Rahmen geeigneter Fördermodelle, was derzeit aufgrund von EU-Richtlinien kaum noch sinnvoll möglich ist. Hier wollen wir auf Änderungen hinwirken.

## Wirtschaft und Wissenschaft – Hand in Hand

Bayerns wirtschaftlicher Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit basiert wesentlich auf der Stärke seiner Forschungs- und Innovationskraft. Dafür brauchen wir Forschung und Entwicklung als auch Produktionsmöglichkeiten in möglichst vielen Bereichen vor Ort. Wir können weder auf Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung an den Hochschulen oder außeruniversitären Instituten verzichten, noch auf die vielseitigen Innovationstätigkeiten der Unternehmen. Nur so werden wir gemeinsam die aktuellen, wie zukünftigen Herausforderungen meistern.

Wir setzen auf eine starke Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen, auf gezielte Förderprogramme, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten in der Wissenschaft und auf Forschungs-, Lehr- und Lernbedingungen an den Hochschulen, die stets auf dem neuesten Stand sind. Da Startups oft direkt aus der Forschung heraus entstehen, ist die Gründerszene ein wichtiger Treiber für Innovationen und gehört deshalb gefördert.

Junge Menschen sind auf dem Weg in Beruf und Wissenschaft bestens vorzubereiten, damit sie über Medienkompetenz und Kenntnisse in der Projektarbeit verfügen. Über mehrere Praktika sollen sie frühzeitig Berufe und Betriebe kennenlernen. Eine Berufs- und Studienorientierung ist ebenso wichtig wie die Förderung der Ausbildung und beruflichen Bildung mit Hilfe eines dualen Systems. Nur wenn die Jugend von heute fit für die Zukunft ist, kann sie die Chancen der Digitalisierung voll ausschöpfen und die Herausforderungen von morgen bewältigen. ☀️



### DER AUTOR:

**Otto Bußjäger** ist stellvertretender Landrat im Landkreis München und Leiter der Grundsatzkommission der FREIE WÄHLER Oberbayern

Foto: Claus Schunk



FLORIAN STREIBL

# „WIR BRAUCHEN EINE ALLIANZ DER VERNÜNFTIGEN“

**Florian Streibl, seit 2018 Fraktionsvorsitzender der FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag, über die Abschaffung der Erbschaftssteuer, die Stärkung des regionalen Raums sowie die Unterstützung mittelständischer Unternehmen und kleiner Kliniken.**

**Eigentum und Familien schützen, Heimat erhalten: Welche Erfolgsaussichten hat die Forderung der FREIE WÄHLER, die Erbschafts- und Schenkungssteuer endgültig abzuschaffen?**

**FLORIAN STREIBL:** Wir haben uns der Klage der Staatregierung auf Regionalisierung dieser Steuer angeschlossen. Damit soll erreicht werden, dass die Bundesländer die Erbschafts- und Schenkungssteuer selbst regeln können. Wenn das erfolgreich verläuft, können wir sie in Bayern abschaffen oder zumindest runter regulieren. Dafür bräuhete es allerdings noch eine entsprechende Änderung der bayerischen

Verfassung, es sei denn, der Bund würde sie endlich auch abschaffen. Da sind wir derzeit leider noch recht einsam unterwegs, denn die Union geht nur halbherzig mit. Unser klarer Wille ist es, die Erbschafts-

» **Unser klarer Wille ist es, die Erbschafts- und Schenkungssteuer komplett abzuschaffen.«**

und Schenkungssteuer komplett abzuschaffen, wie etwa auch in Österreich, Schweden, Portugal oder Israel. Zudem ist es ja so: Die zwei Milliarden Euro, die Bayern mit der Erbschafts- und Schenkungssteuer einnimmt, gehen in den Länderfinanzausgleich, sodass der bayerische Fiskus ohnehin nichts davon hat, da wir andere Bundesländer damit zahlen.

**Arbeit muss sich wieder lohnen, lautet Ihr Credo: Welche konkreten Entlastungen der Arbeitenden lassen sich politisch durchsetzen?**

**FS:** Eine unserer zentralen Forderungen lautet: Die ersten 2000 Euro, die jemand verdient, müssen steuerfrei sein. Das wäre eine große Entlastung für hunderttausende Haushalte, da sich deren Steueraufkommen deutlich verringert.

**Die Immobilienpreise steigen mittlerweile ins Unermessliche. Was werfen die FREIE WÄHLER in die Waagschale, damit auch Normalverdiener wieder eine Chance auf Wohneigentum haben und weitere Mieterhöhungen wie in München und Umland verhindert werden?**

**FS:** Da sehen wir zwei wirksame Hebel: Zum einen wollen wir Wohneigentum fördern durch ein neues Förderprogramm seitens des bayerischen Staats. Wir setzen uns für eine Bauförderungs-Milliarde für junge Familien ein. Die bekommen in der Regel nicht mal einen Kredit von der Bank. Hier sollte der Staat einspringen mit Bürgschaften. Wir haben ja nur 48 Prozent Eigentumsquote, gegenüber Ländern wie Frankreich und Italien, mit mehr als 80 Prozent. Zum anderen muss aber auch wieder mehr Wohnungsbau stattfinden, der aber attraktiv zur Vermietung wird. Dazu muss das Mietrecht vereinfacht und entschlackt werden. Die Stellung des Vermieters muss in diesem Zusammenhang gestärkt werden. Derzeit wollen zahlreiche Hauseigentümer nicht mehr vermieten, was ich als Mietrechts-Anwalt regelmäßig mitbekomme. Um das wieder zu ändern, müssten sich zum Beispiel Kündigungen leichter durchsetzen lassen. Wenn ein Mieter nicht mehr zahlt, dauert das heute bis zu einem Jahr, bis man den aus der Wohnung hat. Da werden dann zum Beispiel Immobilien, die eigentlich als Wohnraum gedacht sind, in Büroflächen umgewidmet.

**Immer mehr mittelständische Unternehmen gehen an ausländische Investoren. Wie wollen Sie den weiteren Ausverkauf der Familienunternehmen eindämmen? Welche Möglichkeiten hat Bayern?**

**FS:** Man kann da als Staat nur bedingt regulatorisch eingreifen. Aber wir wollen für die heimischen Unternehmen zum Beispiel die Energiepreise bezahlbar machen. Für viele Firmen sind die aktuellen Preise nicht mehr bezahlbar, was die Wettbewerbsfähigkeit stark mindert. Wenn wir hier eine Energiepreislösung einsetzen und Energiepreise auf ein zulässiges Minimum senken, vor allem für produzierende Unternehmen, dann können sich diese auch im internationalen Wettbewerb besser behaupten.

**„Wertschöpfung statt Umverteilung“ lautet eine Devise der FREIE WÄHLER. Wie will die Partei im Landtag den Mittelstand und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken?**

**FS:** Ein Beispiel: Wir wollen zum Beispiel wieder mehr kommunale Schlachthöfe haben. Damit erreichen wir kurze Wege vom Erzeuger zum Verbraucher und kleine Kreisläufe, auch mit Blick auf das heimische Handwerk. Das bedeutet aber auch, verstärkt mit regionalen Kassen zusammenzuarbeiten, die zusätzlich Mittel für Investitionen zur Verfügung stellen. Zusätzlich kann man mit regionalen Bürgerbeteiligungen arbeiten. Was da derzeit aus Berlin zu vernehmen ist, geht ja an der Realität im Land völlig vorbei. Man darf an die Politik nicht moralischen Maßstäben herangehen, sondern mit rationalen Argumenten. Man muss in der Region erzeugen, was dort möglich ist, auch bei Energieträgern wie Holz. Wir brauchen da eine Allianz der Vernünftigen, die sich an Fakten orientieren und nicht an romantischen Wunschvorstellungen.

# TIGEN“

## **Regionale Produkte sind gesund und nachhaltig. Wir wollen Sie deren Produktion und Vermarktung fördern und bewerben?**

**FS:** Die schon angesprochen Renaissance der regionalen Schlachtung ist so ein Ansatz. Wenn ich als Bürger beim Metzger bin und weiß, von wem das Schnitzel kommt, habe ich eine wesentlich bessere soziale Kontrolle. Das ist doch wesentlich besser, als wenn ich das Fleisch beim Discounter kaufe, wo ich nicht weiß, wo in Europa das Tier überhaupt geschlachtet wurde. Wir setzen uns zudem für mehr Dorf- und Hofläden ein, die als Nahversorger kleine Strukturen aufbauen. Da muss man auch mit den Öffnungszeiten anders umgehen und mit Förderprogrammen und Beratungsangeboten unterstützen, damit sie sich etablieren können. Da ist noch viel Luft nach oben bei den Vermarktungsmöglichkeiten, etwa unter Anwendung moderner Technologien, wie die Nutzung von Online-Plattformen.

## **Bayern will den ländlichen Raum stärken. Was tragen die FREIE WÄHLER dazu bei, regionale Wertschöpfungsketten auszubauen und eine wohnortnahe Gesundheits- und Lebensmittel-Versorgung zu fördern?**

**FS:** Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern haben. Dazu gehört auch die Ansiedlung von mehr Unternehmen im ländlichen Raum. Das ist wiederum verknüpft mit günstiger Energieversorgung. Wir wollen aber auch die kleineren Krankenhäuser und Kliniken erhalten, die zum Beispiel die Akutversorgung vor Ort sichern. Den klassischen Blinddarm muss man schon noch im Landkreis operieren können. Dazu haben wir ebenfalls einen Fonds geschaffen, der kleinere Kliniken dabei unterstützt, sich an einem Standort behaupten zu können. Eine neue Aktion heißt ‚Gemeindeschwester plus‘: Wir möchten, dass es möglichst in jeder kleineren Gemeinde eine Krankenschwester gibt, die bei der Gemeinde angestellt ist und die ambulante Grundversorgungen vornehmen kann. Dafür ist im Haushalt auch Geld eingestellt. Das gleiche gilt für die Unterstützung regionaler Hebammen. ☀️

Bild: Freie Wähler Bayern / privat



»» Wir wollen für die heimischen Unternehmen die Energiepreise bezahlbar machen.«

# BERECHENBARE POLITIK FÜR BAYERN

**FREIE WÄHLER stehen für Bayerns Kommunen auf Landesebene ein. Seit 2008 im Landtag und seit 2018 als wichtiger Teil der Bayerischen Staatsregierung. Die FREIE WÄHLER haben dabei den bayerischen Erfolgskurs entscheidend geprägt und Bayern auch in der Krise stabil gehalten. Nur sie garantieren eine berechenbare Regierung der Mitte in Bayern nach dem Herbst 2023.**

## Partei des Mittelstands: Strabs (Straßenausbaubeiträge) endgültig abgeschafft.

FREIE WÄHLER sorgen für Gerechtigkeit und bringen die Strabs-Rückzahlung an die geschröpften Bürger rückwirkend auf den Weg. Auf unser Wirken hin werden seit 2018 nicht mehr die Bürger für die Sanierung von Gemeindestraßen zur Kasse gebeten. Zuvor waren vier- bis fünfstelligen Beträge keine Ausnahme, die für den Normalverdiener oftmals kaum zu bezahlen waren. Für den Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2017 wurden rückwirkend alle Opfer übertrieben hoher Kosten entschädigt: insgesamt 50 Millionen Euro. Die **erfolgreiche Umsetzung** eines weiteren Meilensteins aus dem Koalitionsvertrag.

## Partei der Familien: FREIE WÄHLER entlasten bei Krippen-/ Kindergartengebühren.

Kinder sind unsere Zukunft. Die FREIE WÄHLER unterstützen Familien u.a. mit einem Kindergartenzuschuss von 100 Euro pro Monat (seit 2019) und durch die Einführung eines Krippengeldes in Höhe von 100 Euro.

## Bayerns Vor-Ort-Partei. FREIE WÄHLER sichern die kommunale Wasserversorgung und Wasserinfrastruktur.

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel und stellt gleichzeitig die Basis unserer Ökosysteme dar. 150 Millionen Euro – und damit ein weiterer Ausbau der Förderleistung (2022: 90 Millionen Euro) – wurden 2023 für das blaue Gold investiert. Das bayerische Trinkwasser weist eine sehr hohe Qualität auf. Damit das so bleibt, hat die Bayerische Staatsregierung zusammen mit Erzeugern, Wasserversorgern, Verbänden und Institutionen einen Wasserpakt geschlossen und im Jahr 2022 erneuert und weiter ausgebaut. Zudem: Die FREIE WÄHLER unterstützen **Wasserkraft** – auch kleine Wasserkraftwerke auf kommunaler Ebene.



## Handwerk stärken. Weil der Bund nicht handelt, ergreifen FREIE WÄHLER die Initiative! Meisterbonus auf 3000 Euro erhöht.

Meister und Master müssen das gleiche Ansehen gewinnen! Das ist den FREIE WÄHLERN ein wichtiges Anliegen. Denn qualifizierte Fachkräfte sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Bayern. Die Erhöhung des Meisterbonus von 2000 auf 3000 Euro ist der erste Schritt in die richtige Richtung, die FREIE WÄHLER wollen allerdings mehr und bleiben bei ihrer Forderung an den Bund, eine **kostenfreie Meisterfortbildung** schnell einzuführen. Auf diese Weise soll die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung sichergestellt werden.



### Bildungspolitik mit Verstand: Wahlfreiheit G8/G9 in Gymnasien durch beständiges Drängen der FREIE WÄHLER erreicht.

Die FREIE WÄHLER haben die Wahlmöglichkeit G8/G9 für alle Gymnasien in Bayern nach langem Ringen erreicht und zudem die ungerechten **Studiengebühren abgeschafft** – und das schon weit vor der Koalition. Endlich die nötige Wertschätzung für die Arbeit mit unseren Kindern! FREIE WÄHLER führen A13 für alle Lehrer ein. Jahrelang haben die FREIE WÄHLER im Landtag beim Koalitionspartner für eine Angleichung der Lehrerbezahlung auf A13 gekämpft – 2023 ist es endlich so weit. Die Gerechtigkeitslücke wird geschlossen, künftig werden auch Grund- und Mittelschullehrer von der besseren Bezahlung profitieren. Denn eins ist klar: Beste Bildung gelingt nur mit Wertschätzung, sowohl für Schüler als auch für Lehrkräfte.

### Herzensangelegenheit der FREIE WÄHLER Bayern: 5000 Euro Hebammen-Bonus umgesetzt!

Massive Entlastung – Niederlassungsprämie in Höhe von 5000 Euro – für freiberufliche Hebammen! Seit 1. September 2019 kann die finanzielle Unterstützung beim Freistaat beantragt werden.

### Ehrenamtliche entlasten und unterstützen: GEMA-Ehrenamtsflatrate kommt! FREIE WÄHLER sind hartnäckig geblieben.

Großer Erfolg für das Ehrenamt in Bayern: Etwa 50.000 Musikveranstaltungen werden ab 2023 jährlich für die ehrenamtlich Engagierten kostenfrei gestellt. Der Freistaat übernimmt Gebühren in Höhe von mehr als einer Million Euro pro Jahr. Bereits zuvor: **Erhöhung des Übungsleiterfreibetrags** um 600 Euro auf jährlich 3.000 Euro sowie der **Ehrenamtszuschale** um 120 Euro auf 840 Euro.

### Wasserstoff: Bayern ist Vorreiter und Vorbild für ganz Deutschland beim Energieträger der Zukunft.

FREIE WÄHLER setzen auf eine Energiewende mit Weitsicht und Verstand statt auf Zwang, Gängelung und Verbote. Bereits 2019 erfolgte die Gründung des *Zentrum Wasserstoff.Bayern (H2.B)* in Nürnberg. 2023 ist in Bayern längst ein schlagkräftiges Netzwerk entstanden, das stetig wächst und die Wasserstoffwirtschaft voranbringt. Ganz Deutschland blickt auf unsere Zukunftstechnologie: Grüner Wasserstoff aus Bayern. Hubert Aiwanger, Landesvorsitzender FREIE WÄHLER Bayern und Bayerischer Wirtschaftsminister bereist u.a. Nordafrika, Italien und Österreich, um die Weichen für die Rohstoffpartnerschaften der Zukunft zu stellen. Das Potenzial von Wasserstoff erkennt seit Ende Mai 2023 endlich auch der Bund. Jüngst wurde der Weg für die Nutzung bestehender Gasleitungen für den Transport von Wasserstoff freigegeben. **Der große Vorteil:** Mehr als 95 Prozent unserer heutigen Gasinfrastruktur ist wasserstofftauglich. Wasserstoff ist auf dem Weg zum Massenprodukt – beim Heizen, in der Industrie und im Verkehr! Und Bayern ist Vorreiter. Zudem: **Ausbauschub für alle erneuerbare Energien:** Im neuen Bayerischen Klimaschutzgesetz ist das überragende öffentliche Interesse für alle erneuerbare Energien festgeschrieben; dieser Vorrang ermöglicht einen substanziellen Ausbau aller erneuerbaren Energien.



### FREIE WÄHLER stellen klar: Geräusche und Gerüche des ländlichen Raums gehören zu Bayern!

FREIE WÄHLER machen sich für den umfassenden Schutz des Bayerischen Sinnerbes stark. Klagen gegen **Kuhglocken und Kirchenläuten** sollen per Bundesratsinitiative ein für alle Mal unmöglich gemacht werden.

HANS FRIEDL

# „DIE ERBSCHAFTS- UND SCHENKUNGSSTEUER IST KONTRA

Hans Friedl setzt sich im Bayerischen Landtag als Sprecher der FREIE WÄHLER für Wohnen, Bauen und Verbraucherschutz sowie als Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr für eine nachhaltige Wohnpolitik und die Abschaffung der Erbschaftssteuer ein.

**Sie machen sich seit Jahren in Ihrer Fraktion für eine vollständige Abschaffung der Erbschaftssteuer sowie der Schenkungssteuer stark. Was sind die Überlegungen und Zahlen dahinter?**

**HANS FRIEDL:** In erster Linie ist die Erbschaftssteuer ja eine Straf- und Neidsteuer. Die Erbschaftssteuer bestraft diejenigen, die bereits versteuertes Einkommen in Eigentum investiert haben. Da ist eine Erbschafts- und Schenkungssteuer kontraproduktiv. Wer sein Leben lang spart und für seinen Ruhestand vorsorgt, von dessen Lebensleistung darf nicht am Ende der Staat profitieren. Wir FREIE WÄHLER wollen seit vielen Jahren die Wohneigentumsquote in Bayern steigern. Wir liegen in Bayern mit 51 Prozent zwar höher als der Bund mit 46 Prozent. Aber im europäischen Vergleich liegen wir ganz weit hinten. Vorbilder für eine Abschaffung gibt es in Europa genug. Österreich hat sie abgeschafft, Norwegen und Schweden, Slowakei und Portugal haben sie abgeschafft. Der bayerische Ministerpräsident fordert zwar eine Erhöhung der Freibeträge, aber das hätte schon längst passieren müssen. Das ist nur ein Sand in die Augen streuen. Man will auf die zweieinhalb Milliarden Erbschaftssteuern jährlich in Bayern nicht wirklich verzichten. Gleichzeitig zahlen wir fast zehn Milliarden Länderfinanzausgleich nach Berlin. Nachdem ich gemerkt habe, dass das ein schwieriger Anlauf ist, habe ich über einen Antrag für eine Länderöffnungsklausel am 15. Dezember 2022 versucht, dass die Länder die Steuersätze selber festlegen können. Mein Antrag wurde am 25.01.2023 im Landtag beschlossen und eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht. Mittlerweile verkündet der bayerische Staatsminister für Finanzen das jetzt als seine Idee, beziehungsweise die der Staatsregierung.

» Die Erbschaftssteuer beeinträchtigt den Geschäftsbetrieb des Unternehmers durch eine zusätzliche finanzielle Belastung. Das ist für viele Betriebsübernehmer eine große Hürde, egal ob er aus der Familie kommt oder nicht.«





# PRODUKTIV“

## Sie halten die Erbschaftssteuer für einerseits eigentumsfeindlich und andererseits als gefährlich für sozialverträgliches Wohnen. Wie passt das zusammen?

**HF:** Immer weniger Menschen in Deutschland besitzen eine eigengenutzte Wohnimmobilie, da überzogene Grundstücks- und Immobilienpreise, hohe Kaufnebenkosten sowie weiterhin hohe Baukosten den Kauf oder Bau eines Hauses zunehmend unerschwinglich machen. Die Erbschaftssteuer verschärft das Problem unnötig, weil Häuser wegen der hohen Zahlungen von Erben nicht gehalten werden können. Für viele Unternehmer sind Wohnungen ja ein Teil ihrer Altersvorsorge. In der Landeshauptstadt München sind zahlreiche Wohnungen und Häuser im innerstädtischen Bereich im Familienbesitz. Man arbeitet oft bloß, um die Erbschaftssteuer bezahlen zu können, weil schon absehbar ist, dass die Kinder die Erbschaftssteuer auch nicht aufbringen können. Die Erbschaftssteuer zwingt daher sehr viele Erben dazu, ihr Wohneigentum verkaufen zu müssen, um sie bezahlen zu können. Ausländische Investoren reißen sich diese Objekte dann unter den Nagel. Die werden luxussaniert oder abgerissen. Den Neubau oder die sanierte Wohnung kann sich dann kaum noch jemand aus bestimmten Bevölkerungsschichten von Feuerwehr, Polizei bis Krankenschwester, die das öffentliche Leben am Laufen halten, leisten. Dazu kommt noch die Problematik durch das Gesetz des Umwandlungsverbots: Ab einer Größe von zehn Mietwohnungen in einem Gebäude bedeutet das, dass beim Erben eines größeren Gebäudekomplexes dieser nicht in Wohneigentum umgewandelt werden darf. Ein Teilverkauf von nur einzelnen Wohnungen, um die Erbschaftssteuer zu begleichen, ist dann in Städten mit angespannter Wohnlage wie München oder Nürnberg nicht mehr möglich. Da wäre die Abschaffung der Erbschaftssteuer ein wichtiger Hebel, dass das Erbe im Familieneigentum verbleiben kann. Diese Familien haben auch eine wesentlich niedrigere Mietpreisstruktur als Objekte, die von Investitionsgesellschaften vermietet werden.

## Bedroht die Erbschaftssteuer damit auch unser kulturelles Erbe?

**HF:** Häuser, die sich möglicherweise über Generationen im Familienbesitz befunden und zwei Weltkriege überstanden haben, wechseln zwangsweise den Besitzer – mit ungewissen Ausgang für die teils geschichtsträchtigen Ob-

jekte. Da geht es auch um Baustile, die gewisse Zeitepochen geprägt haben. Wenn das nicht in der Hand der Familien bleiben kann, droht zahlreichen Gebäuden der Abriss, wenn sie nicht unter Denkmalschutz stehen. Wenn sie Denkmalschutz haben, werden sie oft von Spekulanten leer stehen gelassen oder klammheimlich abgerissen, wie Beispiele aus München zeigen.

## Welche Rolle spielt der Bodenrichtwert, der Bayerische Erblasser besonders benachteiligt?

**HF:** Vordergründig spielt er eine sehr große Rolle. Der aktuelle Freibetrag beim Vererben für Ehepartner mit 500.000 und 400.000 für Kinder ist zwar für alle gleich. Die Erbschaftssteuer orientiert sich bei Grundstücken und Immobilien am sogenannten Bodenrichtwert, welcher je nach Lage und Nutzbarkeit variiert. Und der Bodenrichtwert ist der maßgebende Betrag, den die Finanzämter für die Bemessung der Erbschaftssteuer heranziehen. Die Folge: Erben in begehrten Regionen müssen eine wesentlich höhere Steuerlast tragen. Es ist daher inakzeptabel, dass für Familien in Bayern – und selbst da gibt es große Unterschiede unter den Regionen – dieselben Freibeträge gelten wie in anderen Bundesländern.

» Für viele Unternehmer sind Wohnungen ja ein Teil ihrer Altersvorsorge. In der Landeshauptstadt München sind zahlreiche Wohnungen und Häuser im innerstädtischen Bereich im Familienbesitz.«

## Inwieweit berührt das Thema auch die Nachfolgeproblematik? Es tun sich ja sehr viele Unternehmer schwer, einen Nachfolger aus der Familie von der Fortführung

### des Unternehmens zu überzeugen?

**HF:** Die Erbschaftssteuer beeinträchtigt den Geschäftsbetrieb des Unternehmers durch eine zusätzliche finanzielle Belastung. Das ist für viele Betriebsübernehmer eine große Hürde, egal ob er aus der Familie kommt oder nicht. Bei Übernehmern wie etwa Neffen gibt es nur einen Freibetrag von 20.000 Euro. Ein Familienfremder hat keinerlei Freibetrag. Um einen im Betrieb schon tätigen Manager als Nachfolger zu nehmen, ist das eine noch größere Hürde. Dem ist das fast nicht mehr möglich, diese Belastung zu stemmen. Mir sind selbst einige Fälle bekannt, bei denen der Unternehmer seinen Betrieb veräußert hat, weil er die Belastung seinen Kindern nicht mehr zumuten wollte.

## Welche Handhabe haben sie konkret, um Ihre Forderung nach einer vollständigen Abschaffung der Erbschaftssteuer sowie der Schenkungssteuer politisch durchzusetzen?

**HF:** Wir agieren aktuell über eine Bundesratsinitiative und wollen dort die Länderöffnungsklausel durchsetzen. Dann hätten wir es in Bayern selber in der Hand, den Steuersatz nahe Null zu setzen. Das ist der Schlüssel für die Hintertür zur Abschaffung der Erbschaftssteuer in Bayern. Da verspreche ich mir sehr viel davon. In den fünf Jahren der nächsten Legislaturperiode ab etwa November 2023 sollten wir das hinbekommen. ☀️

PROF. DR. MICHAEL PIAZOLO

# „IN ALLEN SCHULARTEN IST DIE DIGITALE BILDUNG ALS BILDUNGS- UND

**Prof. Dr. Michael Piazo, Staatsminister für Unterricht und Kultus und MdL, über die Bedeutung der Qualität von Schul- und Hochschulbildung für den späteren Berufsweg und den Ausbau der Lehrkräfte.**

**Wie sichert das neu eingeführte G9 die hohe Qualität des bayerischen Abiturs auch in Zukunft?**

**MICHAEL PIAZOLO:** Das G9 ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, eine breite Allgemeinbildung zu erwerben, da für die Wiederholung und Vertiefung ein Lernjahr mehr zur Verfügung steht. Zudem können durch das zusätzliche Jahr besondere Schwerpunkte wie digitale und politische Bildung gesetzt werden. Die hohe Qualität des bayerischen Abiturs wird so erhalten.

**Wie gut sind Bayerns Abiturienten auf einen späteren Berufsweg in Unternehmen vorbereitet?**

**MP:** Die berufliche Orientierung ist fester Bestandteil des gymnasialen Selbstverständnisses, dementsprechend werden die Schülerinnen und Schüler auf dem Weg zu ihrer Berufs- und Studienwahl zuverlässig begleitet. Dazu gehören unter anderem Berufsinformationsabende, Berufsinformationsmessen und Expertenvorträge zu Studium und Beruf, für deren Koordination an jedem Gymnasium eine eigene Funktionsstelle geschaffen wurde. Zudem werden die Schülerinnen und Schüler durch die Stärkung und Ausweitung der beruflichen Orientierung befähigt, eigenständig eine reflektierte Berufswahlentscheidung zu treffen. Durch eine stärkere Kooperation der Gymnasien mit der wissenschaftlichen und beruflichen Praxis wird außerdem der spätere Berufsweg optimal vorbereitet.

**Wie wird die Alltagskompetenz der Schülerinnen und Schüler im Unterricht gestärkt?**

**MP:** Die Alltagskompetenz ist ein wichtiger Bestandteil der Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf das spätere Leben. Dementsprechend steht die Förderung des Lebenswelt- und Praxisbezugs im Fokus. Dabei arbeitet die gesamte Schulfamilie fächerübergreifend und mit qualifizierten externen Partnerinnen und Partnern zusammen und stärkt damit die Handlungsfelder Ernährung, Gesundheit, selbstbestimmtes Verbraucherverhalten, Umwelverhalten, Haushaltsführung sowie Digitales. Im Fach „Wirtschaft und Recht“ nimmt so beispielsweise die ökonomische Verbraucherbildung mit hoher Alltagsrelevanz eine zentrale Rolle ein.

**Wie wird die digitale Bildung von der Grundschule bis ins Studium umgesetzt?**

**MP:** In allen Schularten ist die digitale Bildung als Bildungs- und Erziehungsziel verankert. Ziel dieser Medienbildung ist es, den jungen Menschen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, um sachgerecht, selbstbestimmt und verantwortungsvoll in einer multimedial geprägten Gesellschaft zu handeln. Wir haben hier den entsprechenden Rahmen gesetzt, damit die Schulen dieser Herausforderung in Zukunft gewachsen sind.

**Wie wurde die Lehrerbildung hinsichtlich neuer Herausforderungen weiterentwickelt?**

**MP:** Ein zeitgemäßer Unterricht liegt mir sehr am Herzen, weshalb die Entwicklung digitaler Kompetenzen in der Ausbildung der Lehrkräfte in den Fokus gerückt ist. Hier wurde der Bereich Digitalisierung durch die Änderung der Lehramtsprüfungsordnung I gestärkt. Über die gesamte Berufsbiographie hinweg sollen zudem digitale Kompetenzen als phasenübergreifender Professionalisierungsprozess verstanden werden. Dazu gehört der 2021 veröffentlichte Kompetenzrahmen DigCompEdu Bavaria, der diejenigen digitalen und medienbezogenen Kompetenzen beschreibt und systematisiert, über die Lehrkräfte bei der Umsetzung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags in einer Kultur der Digitalität verfügen sollen. Insgesamt ist die Weiterentwicklung der Lehrerbildung ein ständig fortlaufender Prozess, der dauernd an neue Herausforderungen angepasst wird, damit die Lehrerinnen und Lehrer unseren Kindern Bildung optimal vermitteln können.

**Wie hat sich die Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer seit Beginn der Legislatur verändert?**

**MP:** Wir haben große Anstrengungen unternommen, um die Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer seit Beginn der Legislaturperiode zu erhöhen. Dadurch ist es uns gelungen, 5.780 neue Stellen zu schaffen. Dazu kommen dann noch 750 Stellen für Verwaltungskräfte sowie 500 Stellen für Schulpsychologen und Sozialpädagogen. Das stellt eine signifikante Verbesserung für unsere Schülerinnen und Schüler dar, die davon direkt profitieren. Noch nie hatte Bayern eine so hohe Anzahl an Lehrkräften. Damit bleiben wir Bildungslandschaft Nummer eins. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, investieren wir weiter kräftig und nachhaltig in unseren Lehrapparat.

**Welche Erfolge haben die FREIE WÄHLER über die genannten hinaus in der Regierung erzielen können?**

**MP:** Der größte Erfolg der FREIE WÄHLER ist sicherlich die Angleichung der Einstiegsbesoldung für Grund- und Mittelschullehrkräfte auf A13. Dies war

# ERZIEHUNGSZIEL VERANKERT.“



ein zentrales Anliegen der FREIE WÄHLER seit geraumer Zeit. Mit unserer Hartnäckigkeit sowie Überzeugungskraft konnten wir letztlich auch den Koalitionspartner auf unsere Seite ziehen. Dies war eine Frage der Gerechtigkeit und ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung für unsere Lehrkräfte, deshalb können die FREIE WÄHLER durchaus stolz darauf sein, dieses wichtige Ziel in dieser Legislaturperiode umgesetzt zu haben.

## Was macht den Lehrberuf in Bayern attraktiv?

**MP:** Neben einer guten Bezahlung bieten wir allen Lehrkräften auch sehr attraktive Rahmenbedingungen, was Sicherheit, Flexibilität und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie angeht. Da der Beruf außerhalb des Unterrichts nicht an feste Arbeitszeiten gebunden ist, kann eine Zeiteinteilung hier nämlich individuell erfolgen. Insgesamt bestätigt uns die hohe Anzahl an Anfragen bei der eingerichteten Hotline Beratungsnetzwerk Lehrberuf, dass der Beruf als sehr attraktiv wahrgenommen wird und unsere Kampagnen und Maßnahmen auf fruchtbaren Boden fallen. ☀️

» Ein zeitgemäßer Unterricht liegt mir sehr am Herzen, weshalb die Entwicklung digitaler Kompetenzen in der Ausbildung der Lehrkräfte in den Fokus gerückt ist.«

# HANDELN MIT GESUNDEM MENSCHENVERSTAND

Wir engagieren uns – auf Bundesebene, in der EU und weltweit!

## Heimat und Landwirtschaft

Wir FREIE WÄHLER wollen Bayern weiterhin stabil halten und den Wohlstand nicht gefährden. Dazu gehört der Ausgleich von Stadt und Land zum Nutzen beider. Wichtige Themen sind hier flächendeckend Glasfaser, der Ausbau des **ÖPNV** sowie eine gute **medizinische Versorgung**, auch durch den Erhalt unserer Krankenhäuser in den bayerischen Regionen. Unseren bayerischen Landwirten und ihren Familien werden wir weiterhin den Rücken stärken. Sie liefern tagtäglich erstklassige Lebensmittel: Regionale Tierhaltung und Lebensmittelerzeugung zu fördern und die Bürokratie für Landwirte zu verringern, gehört zu unseren wesentlichen Zielen. Dazu zählt auch unsere Bemühung, die Verschärfung der **Düngeverordnung** rückgängig zu machen. Wir stehen ein für einen Umweltschutz ohne Hysterie, sondern mit pragmatischen Lösungen. Den **Waldumbau** zum Nutzen unserer Waldbauern wollen wir fördern und setzen uns dafür ein, den Rohstoff Holz verstärkt nutzen zu können. Gleichzeitig wollen wir das Jagdrecht beibehalten und für große Beutegreifer wie den Wolf ausbauen. Eigentum muss weiter geschützt werden: Wir setzen alles daran, Erbschafts- und Schenkungssteuer vollständig abzuschaffen. Das wird auch dazu beitragen, dass **Wohneigentum** in der Hand von bayerischen Bürgern bleibt und wieder bezahlbar wird. Brauchtum und Traditionen, Vereine und Ehrenamt zu stärken und damit Bayerisches Kultur- und Sinneserbe zu schützen, ist uns eine Herzensangelegenheit.

## Gesellschaft und Sicherheit

Unser gesellschaftliches Miteinander ist wichtiger denn je. Wir stehen für eine freie Gesellschaft und einen handlungsfähigen Staat. Das bedeutet: Polizei und Justiz benötigen unsere Rückendeckung und dringend mehr Personal und ausreichende Ausrüstung. Wir setzen uns dafür ein, die Schleierfahndung zu intensivieren, **Projekte gegen Extremismus** jedweder Art zu fördern sowie Kinder vor Pädophilen, Cyber-Crime und Datendiebstahl zu schützen. Wir FREIE WÄHLER wollen die Gesellschaft wieder mehr zusammen- und zurück zu mehr Eigenverantwortung führen. Daher sehen wir auch das Ehrenamt als eine zentrale Säule unserer Gesellschaft an. **Demokratie stärken** heißt demnach, politische Entscheidungen mit größtmöglicher Transparenz für die Bürger zu erklären. Starke Kommunen und leistungsfähige Verwaltungen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Die Kommunen dürfen durch das Migrationschaos nicht überlastet werden. Einerseits müssen Asylverfahren schneller ablaufen, andererseits wollen wir Integrationswillige Geflüchtete schneller in Arbeit und Ausbildung bringen. In Bezug auf Geld- und Steuerpolitik wollen wir das Bargeld erhalten und für die unteren Einkommensschichten die ersten 2000 Euro Einkommen pro Monat steuerfrei gestalten.



## Wirtschaft und Energie

Der Industriestandort Deutschland muss erhalten bleiben: Wir FREIE WÄHLER kämpfen für eine **Dekarbo- nisierung ohne Deindustrialisierung**.

Zu den obersten Zielen gehört es dabei, die Abwan- derung von Spitzentechnologie zu verhindern und eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, auch in der Grundlast, zu gewährleisten. Die Grundversorgung soll dafür in öffentlicher Hand belassen bleiben. Das Ener- giemix mit **Photovoltaik, Wind, Geothermie und Wasserkraft** soll erhalten bleiben. Ergänzend setzen wir alles daran, die Wasserstofftechnologie so schnell wie möglich in die Anwendung zu bringen. Gleichzei- tig wollen wir zum einen Bayern zum Gründerland Nummer 1 in Deutschland machen und zum anderen die **Ausbildung im Handwerk forcieren**. Nicht zuletzt, um den Fachkräftemangel im Bereich der erneu- erbaren Energien zu reduzieren. Aber auch die Freien Berufe müssen erhalten bleiben, die Berufskammern gestärkt und Bürokratie massiv abgebaut werden. Handwerk und Mittelstand sind das Rückgrat unserer Gesellschaft: Wir sehen Meister und Master als gleich- wertig an und fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Wir setzen uns auch weiterhin für eine bestmögliche Internet- und Mobilfunkversorgung ein mit 100 Prozent Glasfaser und 5G.



## Familie und Soziales

Kinder sind unsere Zukunft. Wir FREIE WÄHLER wollen ein kinderfreundliches Bayern, das Familienland bleiben muss. Daher werden wir alles daransetzen, dass es Eltern möglich ist, **Kind und Karriere** unter einen Hut zu bringen. Dazu gehört unter anderem, Betreuungsmöglichkeiten am Bedarf der Eltern zu orientieren und Renten- punkte für Pflege- und Erziehungszeiten weiter auszubauen. Zudem muss Elternzeit für Väter selbstverständlich werden. **Kinderschutz** ist höchstes Gut: Gegen Gewalt an Kindern muss mit strengsten Mitteln vorgegangen werden. Auch die Generation der Großeltern leistet Wichtiges zur Entlastung der Eltern und verdient eine höhere Wertschätzung. Dazu gehört auch unsere Forderung bei der Mütterrente, nämlich die Anrechnung von vor 1992 geborenen Kindern. Den Ausbau der psychologischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen werden wir vorantreiben und fordern dazu die Schaffung eines Jugendbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung. Zudem setzen wir uns beim **Kfz-Führerschein ab 16** für die Einführung von Pilotmodellen im ländlichen Raum ein. Inklusion, Barrierefreiheit und Gleichstellung werden wir weiter fördern und haben uns zum Ziel gesetzt die Einschränkungen beim Wahlrecht für Menschen mit Behinderung zu beseitigen, Förderschulen zu erhalten und endlich ein Gehörlosengeld einführen. Eines unserer zentralen Anliegen ist es, die medizi- nische Grundversorgung für alle flächendeckend sicherzustellen. Dazu gehört der **Erhalt der kommunalen Krankenhäuser** sowie der Apotheken vor Ort, aber auch der weitere Ausbau der Kurzzeitpflege sowie die Produktion von Arzneimitteln in Europa und Deutschland, um Engpässe wichtiger Medizin zu vermeiden. In diesem Zuge setzen wir uns ein für die Abschaffung der DRG-Fallpauschalfinanzierung, wol- len den Numerus Clausus bei Medizin- und Zahnmedizinstudium reformieren, das Landarztstipendium ausbauen und erhöhen sowie die Pflegeberufe weiter stärken.

## Bildung

Unser bayerisches Schulsystem wollen wir noch besser machen: **digital, berufsorientiert, ein Leben lang**. Daher setzen wir FREIE WÄHLER uns für den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems und den Erhalt aller Schulstandorte ein. Gleichzeitig muss A13 für Grund- und Mittelschullehrer umgesetzt und die Alltagskompetenz und Berufsorientierung an Schulen gestärkt werden. Weitere wichtige Maßnahmen, für die wir im Bereich Bildung kämpfen: **Kostenfreier Schulweg** ab dem 1. Kilometer, BAföG an die Lebenswirklichkeit der Studenten anpassen, Grundfinanzierung der Hochschulen sowie **Fördermittel für Erwachsenenbildung** erhöhen. Wir möchten die Diplomstudiengänge wieder einführen, die Berufsschulen aufwerten, eine **kostenlose Meisterausbildung** und fordern eine staatliche Imagekampagne für die duale Ausbildung.



THORSTEN GLAUBER

# „WIR MÜSSEN DIE ENERGIEVERSORGUNG DER NEU

**Thorsten Glauber, seit 2018 Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz über die Zukunft der Trinkwasserversorgung, die erforderliche Revolution im Energiesektor, die künftige Rolle des Waldes und Strategien zur Vermeidung von Umweltmüll.**

**Eine der schützenswertesten Ressourcen Bayerns ist das Wasser. Was umfasst der Wasserpakt Bayern inzwischen?**

**THORSTEN GLAUBER:** Wasser ist Leben. Wasser ist Lebensmittel, Rohstoff, Lebensraum und Grundlage für die Artenvielfalt sowie für die Landwirtschaft. Der Wasserpakt wurde 2022 fortgesetzt und erweitert. Er ist ein wichtiges Instrument für den Schutz des bayerischen Wassers. Der Pakt führt Landwirte, Natur- und Artenschützer, Kommunen und Unternehmen zusammen. Nur gemeinsam können wir unser Wasser wirksam schützen. Ziele und Maßnahmen des Wasserpakts stehen in Einklang mit der bayerischen Gesamtstrategie „Wasserzukunft Bayern 2050“.

**Wie sieht es speziell bei der immer wieder kolportierten Privatisierung der Trinkwasserversorgung aus?**

**TG:** Die Wasserversorgung muss in kommunaler Hand bleiben. Das blaue Gold darf keine Handelsware werden. Kommunen und Freistaat gehen bei

»» **Wir brauchen eine Revolution im Energiesektor. Der Dreiklang dazu lautet: Von Bayern, in Bayern und für Bayern. Die zentrale Aufgabe heißt Versorgungssicherheit: Im Hinblick auf die Energiekosten, auf unsere heimische Wirtschaft und auf Arbeitsplätze ist der Umbau der Energieversorgung elementar.«**



# ZUKUNFT DENKEN“



der Wasserversorgung Hand in Hand. Die sichere Wasserversorgung in allen Landesteilen ist eine Generationenaufgabe. Mit der umfassenden Gesamtstrategie „Wasserzukunft Bayern 2050“ arbeiten wir daran, die Wasserversorgung im gesamten Freistaat dauerhaft auf höchstem Niveau sicherzustellen. Das Thema Wasserversorgung hat oberste Priorität. Ein ganz besonderer Schutz gilt in Bayern dem Tiefengrundwasser: Die eiserne Reserve der Wasserversorgung darf nicht ohne Not angezapft werden. Das war immer die klare Linie, und das wird auch so bleiben.

**Um die sichere Wasserversorgung für die Menschen in ganz Bayern zu unterstützen, gibt es auch Überlegungen für eine Wasserspange vom Bodensee nach Nordbayern. Warum setzen Sie sich für dieses Projekt ein?**

**TG:** Trockenheit und Wasserknappheit infolge des Klimawandels sind zentrale Herausforderungen. Unser Ziel ist eine sichere Wasserversorgung für die Menschen auch in Zukunft. Dabei stehen auch Vernetzung der einzelnen bestehenden Fernwasserversorgungssysteme sowie die Erschließung neuer Dargebote im Fokus. Mit einer neuen Wasserspange über Bayern könnte die Versorgungssicherheit weiter gestärkt werden. Zur Stärkung insbesondere der ortsnahe öffentlichen Wasserversorgung könnten mehrere hundert Kilometer neuer Fernleitungen in Bayern entstehen.

**Bayern will schrittweise aus fossilen Energieträgern aussteigen. Wie soll das gelingen, und welche Energien stehen dabei im Vordergrund?**

**TG:** Der brutale Angriffskrieg in der Ukraine zeigt: Wir müssen die Energieversorgung der Zukunft neu denken. Wir brauchen eine Revolution im Energiesektor. Der Dreiklang dazu lautet: Von Bayern, in Bayern und für Bayern. Die zentrale Aufgabe heißt Versorgungssicherheit: Im Hinblick auf die Energiekosten, auf unsere heimische Wirtschaft und auf Arbeitsplätze ist der Umbau der Energieversorgung elementar. Die Zukunft ist erneuerbar. Wir wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter antreiben. Wasser, Wind und Sonne stellen keine Rechnung. Unser Ziel ist ein Ausbau der Erneuerbaren zusammen mit den Menschen vor Ort. So wird Strom vor Ort erzeugt und es entsteht eine regionale Wertschöpfung.

**Die FREIE WÄHLER haben durchgesetzt, dass Holz eine Erneuerbare Energiequelle bleibt. Welche Gründe sprechen dafür?**

**TG:** Wir brauchen jeden Energieträger. Heimisches Holz ist ein wichtiger Baustein in der Energieversorgung. Holz ist ein regionaler, nachhaltig erzeugter, nachwachsender Rohstoff mit einer neutralen CO<sub>2</sub>-Bilanz. Gerade in der derzeit angespannten Energieversorgungssituation sind moderne Holzheizungen als heimische Wärmequelle unverzichtbar.

**Wie können stabile Wälder durch Bewirtschaftung und Wiederaufforstungen gesichert werden, so dass diese Quelle auch weiter nutzbar bleibt?**

**TG:** Bayern ist das Wald- und Holzland Nummer eins in Deutschland. Gesunde und biologisch vielfältige Wälder sind wichtige Pfeiler im Kampf gegen den Klimawandel. Wälder sind wichtige CO<sub>2</sub>-Speicher, reinigen die Luft, speichern Wasser und sind Heimat vieler Tier- und Pflanzenarten. Der Wald ist zugleich bedeutender Lieferant nachwachsender heimischer Rohstoffe. Wir brauchen starke Wälder, die dem Klimawandel trotzen. Wir müssen unsere Wälder umbauen. Zusammen mit unseren Waldbauern wird uns das gelingen. So sichern wir auch die Versorgung mit dem Rohstoff Holz.

**» Die Wasserversorgung muss in kommunaler Hand bleiben. Das blaue Gold darf keine Handelsware werden. Kommunen und Freistaat gehen bei der Wasserversorgung Hand in Hand.«**

**Die bayerischen Moore sind extrem wichtig für den Klimaschutz und die Artenvielfalt Welche Perspektiven für ihren Erhalt sehen Sie?**

**TG:** Moorschutz hat in Bayern eine herausragende Bedeutung. Moore sind faszinierende Naturräume und einzigartige Ökosysteme. Moore schützen das Klima und sind gleichzeitig Hotspots der Artenvielfalt. Intakte Moore sind CO<sub>2</sub>-Tresore und damit für den Klimaschutz unverzichtbar. Wir haben eine klare Ausrichtung beim Moorschutz: Moore sollen wieder CO<sub>2</sub> einsparen statt abgeben. Unser Ziel ist es, bis 2040 insgesamt 55.000 Hektar wiederzuerwässern. Dafür werden Moorwildnis-, Moorbauern- und Moorwaldprogramme gemeinsam mit allen Beteiligten umgesetzt.

**Verpackungen, Masken, Einweg-E-Zigaretten – wie wollen Sie künftig Konsummüll spürbar reduzieren?**

**TG:** Wir wollen die Berge von Konsummüll abbauen. Der beste Abfall ist der, der gar nicht erst entsteht. Unnötiger Konsumabfall verschwendet Ressourcen und belastet das Klima. Das Zeitalter der Wegwerfgesellschaft muss beendet werden. So sparen wir Energie, schonen Ressourcen und schützen die Umwelt. So haben wir von Bayern aus Initiativen für ein Verbot von Plastiktüten-Verbot und Einweg-E-Zigaretten-Verbot gestartet.



# ALLSEITS ANERKANNT POLITISCHE ARBEIT

Die FREIEN WÄHLER sehen sich auf Bundesebene als Vertreter der kommunalen Belange, die bislang meist nur auf Umwegen, etwa durch Stellungnahmen des Deutschen Städte- und Landkreistages, im Bundestag und dessen Ausschüssen Gehör finden. **VON BERND HEILMEIER\***

**K**ommunale Wählergemeinschaften hatten sich bereits Anfang der 1950er Jahre gebildet und gehören seither zur kommunalpolitischen Landschaft in Deutschland. Besonders stark sind sie bis heute in Baden-Württemberg und in Bayern.

Ganz gleich, ob es sich um die Kinderrippen-Plätze, die Energiewende oder um die Unterbringung und die Integration von Flüchtlingen handelt, am Ende landen diese Themen bei den Kommunen auf dem Tisch, die dann die berühmte „Suppe“ auslöffeln dürfen.

Aus diesem Grund wollen wir FREIE WÄHLER die politischen Entscheidungsprozesse in die tiefst mögliche demokratische Ebene verlagern (Subsidiaritätsprinzip). Politische Verantwortung muss dort wahrgenommen werden, wo auch die Folgen der politischen Entscheidungen zu tragen sind. Dies erfordert die Ausstattung mit den entsprechenden Rechten und finanziellen Mitteln auf den jeweiligen Ebenen (Konnexitätsprinzip).

## Politische Alternative zu den etablierten Parteien

Viele Bürgerinnen und Bürger suchen eine politische Alternative zu den etablierten Parteien da sie die Machtspielchen und das Von-Oben-Gesteuert-Werden satt haben. Wir FREIE WÄHLER leisten in mehr als tausend Kommunen in Deutschland und in drei Länderparlamenten seit Jahren allseits anerkannte politische Arbeit.

» Politische Verantwortung muss dort wahrgenommen werden, wo auch die Folgen der politischen Entscheidungen zu tragen sind. Dies erfordert die Ausstattung mit den entsprechenden Rechten und finanziellen Mitteln auf den jeweiligen Ebenen.«

Aufgrund der zunehmenden Gesetze und Verordnungen die Kommunen betreffen, aber in Brüssel und Berlin beschlossen werden, gründeten wir FREIE WÄHLER schon 2010 eine Bundesvereinigung, die in allen 16 Bundesländern via Landesvereinigungen vertreten ist.

2013 traten wir FREIE WÄHLER das erste Mal bei der Bundestagswahl an und bekamen rund eine halbe Million Stimmen. Ein Ergebnis, das in etwa mit dem der Grünen bei ihrer ersten Bundestagswahl 1980 vergleichbar ist. Wir FREIE WÄHLER wachsen auch in diesen politisch volatilen Zeiten kontinuierlich und erhielten bei der Bundestagswahl 2021 knapp 750 TSD Zweit- und mehr als 1,3 Mio. Erststimmen – in etwa halb so viele Stimmen wie die CSU.

In Bayern sind wir FREIE WÄHLER seit 2008 im Landtag vertreten und sind dort nun drittstärkste Kraft und in der Regierung. Aber auch in anderen Bundesländern können FREIE WÄHLER Erfolge verbuchen, wie in Brandenburg, wo sie seit 2014 im Parlament vertreten sind und seit 2021 sind wir nun auch im Rheinland-Pfälzischen Landtag.



## Sachpolitik zum Wohle der Bürger

Wer diese Grundsätze als vernünftig empfindet und mit den Regierungsparteien hadert, muss als Alternative also spätestens 2025 nicht die Grünen, die Linken oder gar die AfD wählen. Er kann seine Stimme einer auf kommunaler Ebene bestens etablierten Organisation geben, die garantiert nicht rechts steht, sondern in der Mitte der Gesellschaft und sich ausschließlich einer Sachpolitik zum Wohle der Bürger verschrieben hat.

Wer mehr über die FREIE WÄHLER Bundesvereinigung erfahren möchte, der kann das auf der Webseite der Bundesvereinigung tun, dort findet er unter „Unsere Politik“ das Grundsatzprogramm der FREIE WÄHLER Bundesvereinigung und natürlich vor der nächsten Bundestagswahl auch dann das aktuelle Wahlprogramm. ☀️

<https://www.freiewaehler.eu/unsere-politik/grundsatzprogramm/>

### DER AUTOR:

**Bernd Heilmeier** ist Pressereferent der FREIE WÄHLER Oberbayern (Unternehmensberater und ehemaliger Kommunalpolitiker)





## PRAGMATISCH UND ERGEBNISORIENTIERT

## ANPACKEN

Was die FREIE WÄHLER in Europa für Unternehmer bewegen. VON ULRIKE MÜLLER\*

**D**er Binnenmarkt ist eine tragende Säule der Europäischen Union. Grundsätzlich ist die EU also ein unternehmerfreundliches Projekt. Wir Deutschen wissen das, mehr als die Hälfte unserer Exporte gehen in die EU27, mehr als zwei Drittel in europäische Staaten. Brexit lässt grüßen.

Leider geht es mit einem Aber weiter. Unter der Kommission von der Leyen erleben wir einen Paradigmenwechsel, unter den Dächern des Green Deal und der Europäischen Säule Sozialer Rechte.

### Dringende Maßnahmen in der Klima- und Umweltpolitik

In Klima- und Umweltpolitik verfügt die EU über Kompetenzen. Auch ist klar, dass dringende Maßnahmen erforderlich sind, um den Klimawandel einzubremsen und die natürliche Lebens- und Wirtschaftsgrundlage zu erhalten. Zu Beginn ihrer Amtszeit hat Ursula von der Leyen deshalb den Green Deal vorgestellt. Den Ansatz begrüße ich sehr: Die Idee ist, die notwendigen Anpassungen im Rahmen einer langfristigen Wachstumsstrategie zu entwickeln. Dies geriet aber schnell wieder in Vergessenheit. Und gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht. Viel zu oft legen die Gesetzesvorschläge der Kommission Unternehmern Steine in den Weg, statt die notwendigen Transformationsprozesse hin zu einer Wirtschaft zu unterstützen, die externe Effekte besser integriert. Stichworte Lieferkettengesetze und Industrieemissions-Richtlinie.

In der Sozialpolitik hat die EU nur eingeschränkte Kompetenzen, wesentlich bleibt sie hoheitliche Aufgabe der Mitgliedsstaaten. Dennoch sehen wir Tendenzen zur Kompetenzaneignung unter der Europäischen Säule Sozialer Rechte. Wachstum als Maßstab wirtschaftlicher Entwicklung wird in Frage gestellt. Neuerdings spricht man nicht mehr von der Sozialen Marktwirtschaft, sondern von einer Sozialwirtschaft, in der „soziale und ökologische Erwägungen Vorrang vor Gewinnerzielung“ haben. Das mag gut gemeint sein, Unternehmern drohen aber immer Bürokratie und mehr Eingriffe in die unternehmerische Freiheit.

### Herausforderungen durch Fortschritt lösen

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir als Gesellschaft Herausforderungen nur durch Fortschritt lösen – und dass die Kosten für Sozialpolitik erst einmal erwirtschaftet werden müssen. Fortschritt wird nicht in der Politik gemacht, sondern von unzähligen Unternehmern. Gleiches gilt für die Wertschöpfung.

Nachhaltigkeit ist das Ziel, aber Unternehmertum der Weg dorthin. Für die Politik heißt das: Maß und Mitte halten durch Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem, den Blick immer darauf gerichtet, dass Rahmenregeln für Unternehmen sinnvoll umsetzbar sein und Raum für Innovation lassen müssen. Das ist die Grundlage für das Erwirtschaften unseres gesellschaftlichen Wohlstands.

Nach diesen Grundsätzen habe ich mich inzwischen fast zehn Jahre intensiv in die Europapolitik eingebracht. Für den den Blick auf das große Ganze habe ich gemeinsam mit Fraktionskollegen eine Arbeitsgruppe KMU ins Leben gerufen, die horizontal auf eine bessere KMU-tauglichkeit der Gesetze und Fördermittel hinarbeitet und unternehmerischem Denken eine starke Stimme gibt. Als agrarpolitische Sprecherin meiner Fraktion habe ich zu Beginn der Coronakrise eine Plattform gegründet, um die Perspektive der Unternehmen der Lebensmittelkette intensiv in die Entwicklung sämtlicher Notfallmaßnahmen zur Stützung der Lieferkette einzubinden. So konnten wir einen deutlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit, aber auch zu der Überlebensfähigkeit zahlreicher Unternehmen leisten. Pragmatisch und ergebnisorientiert anpacken, das ist der Kern der FREIE WÄHLER, und so schaffen wir es auch in „Brüssel“, Akzente zu setzen. ☀️



Parlamentum Europaeum

### DIE AUTORIN:

**Ulrike Müller** vertritt als Europaabgeordnete die FREIE WÄHLER in Brüssel und Straßburg. Sie ist Mitglied der Europäischen Demokratischen Partei (EDP) und der drittstärksten Fraktion Renew Europe, und somit fest in der politischen Mitte verankert.



# WIR LIEFERN, WAS WIR VERSPRECHEN!

**Bildung, Energie, Umwelt, Wirtschaft – die FREIE WÄHLER und ihre Minister haben zahlreiche Vorhaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Bayerns durchgesetzt.**

Seit den 1950er Jahren bildeten sich in Bayern auf kommunaler und regionaler Ebene Wählergemeinschaften, die als Alternative zu den etablierten Parteien mit eigenen, unabhängigen Kandidaten bei Kommunalwahlen antraten. Diese parteifreien Wählergemeinschaften betätigen sich in Bayern seitdem höchst erfolgreich in der Kommunalpolitik: Es gibt in Bayerns Kommunen ca. 1.000 Bürgermeister (von insgesamt ca. 2.000), von denen der größte Teil FREIE WÄHLER bzw. parteifrei sind. Zudem stellen die FREIE WÄHLER 14 der 71 bayerischen Landräte sowie 33 Bezirksräte.

**14**  
bayerischen  
Landräte

Nach der Entscheidung der FREIE WÄHLER, sich 1998 erstmals an der bayerischen Landtagswahl zu beteiligen, wurde die organisierte Wählergruppe „FW FREIE WÄHLER Bayern e.V.“ gegründet. Seit Ende 2011 heißt die ehemalige Wählergruppe „Landesvereinigung FREIE WÄHLER Bayern e.V.“. Bei der Landtagswahl am 14.10.2018 konnten die FREIE WÄHLER im Freistaat mit 11,6 Prozent ihr bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl erringen. Der neuen Fraktion der FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag gehören 27 Abgeordnete an. Mit der CSU bilden die FREIE WÄHLER eine Regierungskoalition und stellen in Hubert Aiwanger, Prof. Dr. Michael Piazolo und Thorsten Glauber drei Staatsminister sowie in Anna Stolz und Roland Weigert zwei Staatssekretäre. Der Koalitionsvertrag besteht zu etwa 40 Prozent aus FREIE-WÄHLER-Themen.

Unsere Arbeit in den politischen Funktionen und Gremien folgt dem Motto: Wir liefern, was wir versprechen. Einer der großen politischen Erfolge ist – noch vor 2018 aus der Opposition heraus – die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (Strabs) und Abschluss der Härtefallkommission: Diese hat Bürgerinnen und Bürgern, die durch die Strabs eine Härte erfahren haben, insgesamt 50 Millionen Euro zum Ausgleich ausgezahlt.

**20**  
Millionen  
Euro für Bio-  
masse und  
Geothermie

## Volle Kraft voraus für die Energiewende

Das von Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) geführte Wirtschaftsministerium hat ein „Bayerisches Aktionsprogramm Energie“ mit Ausbauzielen für Erneuerbare Energien samt ausführlichem Maßnahmenkatalog realisiert. Dazu zählt unter anderem der Start der Bayerischen Wasserstoffstrategie im Mai 2020: heimische Wasserstofftechnologien sollen weltweit zum Gütesiegel werden. Die Wasserstoffwirtschaft in Bayern wird zudem gestärkt und vernetzt durch das Wasserstoffbündnis mit rund 300 Partnern. Auf Initiative des Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger wurden bis 2023 insgesamt 70 Millionen Euro für den Bau von H2-Tankstellen für Nutzfahrzeuge und Busse sowie Förderung von mit Wasserstoff angetriebenen Fahrzeugen zur Verfügung gestellt.

Investitionen in Windkraft erfolgen im Einvernehmen mit Bürgerinnen und Bürgern: Regionale „Windkümmerer“ stehen bayerischen Kommunen seit Oktober 2020 beratend bei der Initiierung von Windenergieprojekten bei. Im Bereich der Solarenergie stehen jetzt mehr Solar-Freiflächenanlagen auf Acker- und Grünlandflächen in Bayern zur Verfügung: Die Höchstzahl von anfänglich 30 (2017) über 70 (2019) hat sich inzwischen auf 200 Anlagen erhöht. Ende 2022 gab es in Bayern rund 750.000 PV-Anlagen mit rund 18,6 Gigawatt (GW) installierter Leistung. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Steigerung von 13 Prozent. Damit ist Bayern deutschlandweit führend hinsichtlich der installierten Solarleistung. Parallel erfolgten die Erweiterung des erfolgreichen 10.000-Häuser-Programms durch das Photovoltaik(PV)-Speicherprogramm und der Wegfall der Photovoltaik-Deckelung. Bis Ende 2023 kommt es voraussichtlich zur Förderung von 100.000 PV-Speicher-Systemen, unter anderem durch den kraftvollen Ausbau der Photovoltaik auf staatlichen Dächern, um weitere Potenziale zu heben. Im Bereich Biomasse und Geothermie wurden 20 Millionen Euro bereitgestellt, um Öl und Gas durch Erneuerbare Energien zu ersetzen und die Geothermie-Forschung zu stärken.

**70**  
Millionen  
Euro für den  
Bau von H2-  
Tankstellen

### Spitzentechnologie: Aus Bayern für die Welt

Das Wirtschaftsministerium hat weiterhin eine große Technologieoffensive angeschoben. Mit der Hightech Agenda Bayern werden hochmoderne Technologien wie KI und Robotik unterstützt. Die Programme fördern mit mehreren Milliarden Euro unter anderem rund 1.000 neue Professorenstellen, 13.000 zusätzliche Studienplätze und 20 neue Forschungs- und Technologiezentren. Ein weiterer Meilenstein ist der Aufbau der „KI.Fabrik“ an der Munich School of Robotics and Machine Intelligence. Zu der Offensive gehört auch die umfassende Förderung des KI-Produktionsnetzwerks mit 50 Millionen Euro. Im Rahmen des „Munich Quantum Valley“ fließen in den kommenden Jahren bis zu 300 Millionen Euro in die bayerische Quantentechnologieforschung. Das Ziel: Bayern soll bei dieser Schlüsseltechnologie

als europaweit eine Führungsrolle als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort einnehmen. Ein bundes- und europaweit einmaliges Projekt im Bereich der Halbleitertechnik ist der Aufbau des „Fraunhofer Zentrum Trusted Electronics“. Ein besonderes Augenmerk des Wirtschaftsministeriums gilt der bayerischen Gründerszene:

Ein dreistelliger Millionenbetrag sowie zahlreiche Programme fördern die Entwicklung von Unternehmertum und Start-ups. Auch das Handwerk wird gefördert, unter anderem durch die Wiedereinführung der Meisterpflicht, die Rückvermeisterung auf Bundesebene sowie die Anhebung des Meisterbonus auf 3.000 Euro.

### Einsatz für eine bessere Umwelt

Die Vision des von Thomas Glauber, FREIE WÄHLER, geführten Umweltministeriums ist ein klimaneutrales Bayern bis spätestens 2040. Dazu wurde ein Klimaschutzprogramm mit rund 150 konkreten Maßnahmen aufgesetzt. In den Handlungsfeldern Erneuerbare Energien, natürliche CO2-Speicher, Klimabauen und Klimaarchitektur, smarte und nachhaltige Mobilität, CleanTech, Klimaforschung und Green IT fließen Investitionen in Milliardenhöhe. Aber auch direkte Maßnahmen in der Natur tragen zu einer besseren Umwelt bei. So wird beim „Streuobstpakt“ ein hoher dreistelliger Millionenbetrag für Erhalt, Pflege und Neupflanzung von Streuobstwiesen ausgegeben. Besonders

schützenswerte Gebiete wie der Nationalpark Bayerischer Wald werden künftig noch erweitert. Zum Schutz der Tiere wurde eine Initiative für eine bundesweit und EU-weit einheitliche Regelung bei Tiertransporten in Nicht-EU-Länder erfolgreich umgesetzt. Und zur Sicherung der tierärztlichen Versorgung auf dem Land soll der neueingeführte Master-Studiengang Tiergesundheit das Fachwissen für mehr Tierschutz bereitstellen.

### Exzellente Bildung für Bayerns Nachwuchs

Der dritte Minister aus den Reihen der FREIE WÄHLER, Prof. Dr. Michael Piaolo, Staatsminister für Unterricht und Kultus investiert mit seinem Ministerium umfassend in die Zukunft unserer Kinder. Dazu zählt unter anderem die Einrichtung tausender zusätzlicher digitaler Klassenzimmer. Inzwischen wurde die Zielmarke von 50.000 digitalen Klassenzimmern schon um mehr als 25 Prozent überschritten. Die Regelung von G9 trägt den Forderungen der FREIE WÄHLER nach individueller Förderung Rechnung. Dazu zählt auch das Leistungsfach im G9 mit mehr Wahlmöglichkeiten in der Qualifikationsphase, um den Schülerinnen und Schülern eine individuelle Schwerpunktsetzung entsprechend ihrer Interessen und Begabungen zu ermöglichen. Parallel werden insgesamt 5.500 zusätzliche Lehrerstellen bis zum Ende der Legislaturperiode geschaffen. Im Lehramt Grundschule wurden die Studienplatzkapazitäten deutlich ausgebaut.

**5.500**  
zusätzliche  
Lehrerstellen



**13.000**  
zusätzliche  
Studienplätze

**150**  
Maßnahmen  
im Klimaschutz-  
programm

# ENERGIEWENDE MIT VERSTAND

**Die FREIE WÄHLER setzen sich für eine Energiepolitik ein, die nicht mit der Brechstange daherkommt und Unternehmen und Privatpersonen zu erschlagen droht. Sondern Mittelstand, Gründer, Großunternehmen, Bürger mit einbezieht.**

**D**ie FREIE WÄHLER packen an und bauen alle Erneuerbaren Energien massiv aus. Die verschiedenen Branchen werden damit zu Arbeitsplatz-Beschaffern. Dabei haben wir die Zukunft im Auge: Wenn wir die Weichen heute vernünftig stellen, werden wir in Zukunft auch die großen Chancen des Energie-Exports nutzen können. Das Credo von Hubert Aiwanger, Landesvorsitzender FREIE WÄHLER Bayern und Bayerischer Wirtschaftsminister lautet: „Eine starke Wirtschaft ist die wichtigste Grundlage für die Energiewende. Es gilt, Wohlstand zu erhalten und die Deindustrialisierung abzuwenden.“

## Umweltschutz braucht Bürokratieabbau

Was dem im Weg steht, ist nach wie vor die Bürokratie. Diese Bürokratie ist hausgemacht und muss endlich abgebaut werden – für erfolgreichen Umweltschutz braucht es die breite Akzeptanz von Firmen und Bürgern. Diese bekommen wir nur, wenn die Bundesregierung ihre Hausaufgaben macht und mittelständische Unternehmen entlastet statt belastet werden. Ampel-Pläne wie das Heizungs-Gesetz und vor allem auch das neue Energieeffizienz-Gesetz müssen von A bis Z so unternehmensfreundlich überarbeitet werden, dass

die Deindustrialisierung in Deutschland und Bayern gestoppt werden kann. Unsere Firmen brauchen den Rückhalt der Politik und Planungssicherheit, sonst wandern sie ab oder sterben aus. Ganz gleich ob Global Player oder selbständiger Dorfbäcker vor Ort – wir machen auch in der Energiefrage Politik für und nicht gegen unsere Leistungsträger.

## Grüner Wasserstoff für die Energiewende

Beispiel grüner Wasserstoff: Mehr als 95 Prozent unserer heutigen Gasinfrastruktur ist wasserstofftauglich. Wasserstoff ist auf dem Weg zum Massenprodukt – beim Heizen, in der Industrie und im Verkehr. Und Bayern ist dank der Initiative von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bereits Deutschlands Nummer 1 beim Wasserstoff. Die Zeichen wurden früh auf Erfolg gestellt: Zu Beginn der Legislaturperiode erfolgte 2019 die Gründung des Zentrum Wasserstoff.Bayern (H2.B) in Nürnberg, gleichzeitig unterzeichneten erste wichtige Akteure die Absichtserklärung zum Wasserstoffbündnis Bayern – so in Deutschland einmalig! 2020 erfolgte der Start der Bayerischen Wasserstoffstra-

**» Mehr als 95 Prozent unserer heutigen Gasinfrastruktur ist wasserstofftauglich. Wasserstoff ist auf dem Weg zum Massenprodukt – beim Heizen, in der Industrie und im Verkehr. Und Bayern ist dank der Initiative von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bereits Deutschlands Nummer 1 beim Wasserstoff.«**

tegie, 2022 wurde ein weiterer Meilenstein gesetzt: Die Wasserstoff-Roadmap Bayern gibt den konkreten Kurs zur Klimaneutralität vor. Im Jahr 2023 ist in Bayern jetzt ein schlagkräftiges Netzwerk etabliert, das stetig wächst und die Wasserstoffwirtschaft voranbringt.

Auf der Wirtschaftsminister-Konferenz im Juni 2023 erklärte der Vorsitzende Hubert Aiwanger: „Es bestand große Einigkeit darin, dass grüner Wasserstoff der Schlüssel zu einer erfolgreichen Energiewende ist. Er hat das Potenzial, insbesondere schwer und nicht direkt elektrifizierbare Bereiche in den Sektoren Industrie und Verkehr zukünftig vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen. Dazu brauchen wir mehr Tempo beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft. Es entsteht ein Wachstumsmarkt, der den Standort Deutschland stärken wird.“ Laut Aiwanger müssen rechtzeitig die strategischen Leitplanken gesetzt werden, um der Wirtschaft als notwendige Richtschnur für Investitionsentscheidungen zu dienen. Auf Initiative Aiwangers forderten die Wirtschaftsminister den Bund auf, nun rasch den Aufbau eines deutschen Wasserstoff-Startnetzes aus den bestehenden Erdgasnetzen heraus zu ermöglichen. Aiwanger: „Diese Infrastruktur muss an das europäische Netz angeschlossen werden, um den nötigen H2-Import aus Partnerländern zu ermöglichen. Bayern ist bei der Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Wasserstoffwirtschaft vorangegangen. Wir fördern unter anderem Elektrolyseure und Wasserstofftankstellen. Der Bund und die anderen Länder sollten jetzt nachziehen.“

### Bayern spitze beim Ausbau aller Erneuerbaren Energien

Bei der Photovoltaik wollen wir FREIE WÄHLER die Mehrfachnutzung von Flächen forcieren: Photovoltaik auf Deponiestandorten und weiterhin den massiven Ausbau von Agri-Photovoltaik. Aber auch Solarstromanlagen auf Gewässern wie Stau- und Baggerseen bieten enorme Potenziale: Laut Berechnungen der Weltbank besteht allein in Europa ein Potenzial von 204 Gigawatt Leistung, wenn etwa zehn Prozent der künstlich angelegten Süßwasserflächen – darunter etwa stillgelegte Braunkohlegruben – genutzt würden. Auch bei der Windkraft sind wir die Problemlöser für die Städte und Gemeinden. Unsere Fraktion hat sich im Landtag durchgesetzt und zum Beispiel die 10-H-Regel für Windenergie

gelockert. So kann Strom vermehrt vor Ort erzeugt und auch wieder direkt verbraucht werden. Gleichzeitig fördern wir den Ausbau von Speichermöglichkeiten. Für die dezentrale Energiewende werden ‚Energie-Reserven für später‘ immer wichtiger. Als Vor-Ort-Partei wollen wir die Kommunen bestmöglich unterstützen, die Netzeinspeisung von grünem Strom zu vereinfachen.

Wir FREIE WÄHLER treiben zudem die unterirdische Wärmewende im Freistaat voran. Geothermie – in der Tiefe oder oberflächennah – kann einen bedeutenden Beitrag zur klimaneutralen Wärmeversorgung in Bayern leisten. Um den Ausbau der Geothermie voranzubringen, können in Bayern beispielsweise unter bestimmten Voraussetzungen zukünftig Erdwärmesonden auch unter Gebäuden platziert werden, wenn der Sondenkopf anschließend nicht mehr zugänglich ist. Damit werden die Nutzungsmöglichkeiten der Erdwärme insbesondere in den Städten erweitert, wo wenig Platz ist. Das Umweltministerium unter der Leitung von Minister Thorsten Glauber, FREIE WÄHLER, hat dazu intensiv geprüft, wie die Vorschriften zur Nutzung der oberflächennahen Geothermie gelockert und zugleich die Sicherheit und der Schutz des Grundwassers gewährleistet werden können.

» **Unsere Fraktion hat sich im Landtag durchgesetzt und zum Beispiel die 10-H-Regel für Windenergie gelockert. So kann Strom vermehrt vor Ort erzeugt und auch wieder direkt verbraucht werden.“**

### Biomasse: Eine krisensichere und nachhaltige Energiequelle

Wir kämpfen auch weiterhin gegen das Ampel-Vorhaben Gebäudeenergie-Gesetz, (GEG) denn dem fehlt vor allem eins: Technologieoffenheit. Auch wenn das zuerst völlig weltfremde GEG nun in Teilen an die Realität angepasst wurde, bleibt Heizen mit Biomasse (Pellets, Hackschnitzel, Scheitholz) weiterhin unerwünscht. „Der Anteil der in Waldland Bayern wichtigen Biomasse soll auf maximal 25 Prozent in großen Wärmenetzen beschränkt werden. Und es fehlt Wasserstoff als Erfüllungsoption für eine zentrale erneuerbare Wärmeherzeugung. So einseitig kann eine Wärmewende nicht funktionieren“, sagt Hubert Aiwanger und fordert: „Der Erneuerbare Energieträger Holz muss erlaubt bleiben. Den ideologischen Unsinn, Waldbesitzern zu verbieten, unverwertbares Holz aus ihrem eigenen Besitz zur Beheizung des eigenen Hauses zu verwenden, lehnen wir strikt ab.“



RAINER SCHNEIDER

# „DER PERSONALNOTSTAND IM BEREICH DER IST EIN RICHTI

**Die bayerischen Bezirke sind kommunale Körperschaften in Bayern, die spezifische Aufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung und der sozialen Fürsorge wahrnehmen. Rainer Schneider, für die FREIE WÄHLER stellvertretender Bezirkstagspräsident von Oberbayern, erklärt die wesentlichen Aufgaben und aktuellen Herausforderungen.**

**Die bayerischen Bezirke übernehmen zentrale kommunalpolitische Funktionen. Doch ihr Wirken steht im Vergleich zum Landtag weniger im Licht der Öffentlichkeit. Wie erfolgt die politische Vertretung und wie setzen sie sich zusammen?**

**RAINER SCHNEIDER:** Die Bayerischen Bezirkstage vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Bezirks. Sie treffen politische Entscheidungen in den verschiedenen Aufgabenbereichen und nehmen die Kontrollfunktion gegenüber der Verwaltung wahr. Diese Aufgaben können je nach Bezirk etwas variieren, da es in Bayern insgesamt sieben Bezirke gibt. Die Mitglieder werden alle fünf Jahre gemeinsam mit dem Landtag gewählt. Die genaue Zusammensetzung und Anzahl der Sitze im Bezirkstag von Oberbayern basiert auf der Größe und Bevölkerungszahl des Bezirks. Oberbayern ist der größte Bezirk in Bayern mit einer Vielzahl an Gemeinden und Städten. Die politische Vertretung erfolgt durch die derzeit 82 gewählten Mitglieder, die in der Regel von verschiedenen Parteien und Wählergruppen kommen. Wir FREIE WÄHLER stellen aktuell zehn Mitglieder. Wir versuchen immer wieder durch unsere Arbeit Impulse zu setzen, wie speziell im Bereich der Pflegestützpunkte. Da sind wir immer sehr hartnäckig geblieben und haben für deren Aufbau gekämpft.

» Die Zuwendung für die Patienten und die Sicherstellung einer ordentlichen Pflege muss im Fokus stehen.«

**Eine der Hauptaufgaben ist die soziale Fürsorge. Was genau tun die Bayerischen Bezirkstage dafür?**

**RS:** Die Bezirkstage verantworten die Planung und Organisation von sozialen Einrichtungen und Dienstleistungen in den Bereichen Behindertenbetreuung, Jugendhilfe, Altenpflege und psychische Gesundheit. Dazu gehören beispielsweise Krankenhäuser, Pflegeheime und Wohnheime für Menschen mit Behinderungen und Beratungsstellen. Aktuell ist der Personalnotstand im Bereich der Pflege ein richtig großes Thema, aber auch die Vorgaben der PPP-Richtlinie, also Mindestvorgaben für den Einsatz von Pflegekräften und Ärzten

in Einrichtungen und Krankenhäusern ist da wichtig. Wenn sie kommt, muss zu jeder Tages- und Nachtzeit eine Pflegekraft mit bestimmter Qualifikation auf der Station zur Verfügung stehen. Wenn nicht, müssen Betten abgebaut werden, und für belegte Betten gibt es keine Erstattung durch die Kostenträger aufgrund von Sanktionen. Obendrein wären auch Strafzahlungen zu leisten. Derzeit hat der Bundestag diese Richtlinie noch ausgesetzt. Aber allein der Gedanke führt schon dazu, dass die Kliniken Betten frei lassen, um Mindestrichtlinien erfüllen zu können, wenn sie dann virulent würden.

**Wozu kann das in der Praxis führen?**

**RS:** Es kann zum Beispiel sein, dass zwar eine Fachkraft auf der Station ist, aber keine mit der genau vorgeschriebenen Qualifikation. Die Patienten wollen ordentlich betreut sein, die spezielle Qualifikation der betreuenden Person sollte am Ende nicht allein ausschlaggebend sein für eine gute Betreuung und kurzzeitige Vertretung. Die Zuwendung für die Patienten und die Sicherstellung einer ordentlichen Pflege muss im Fokus stehen. Das trifft vor allem im Bereich der psychiatrischen und psychosomatischen Kliniken zu. Wir versuchen jetzt mit allen Mitteln, immer mehr Pflegekräfte auszubilden in den Pflegeschulen der großen Bezirkskliniken, wie Haar bei München oder Gabersee bei Wasserburg und die Zahl der Plätze für Pflegeschülerinnen zu erhöhen. Gleichzeitig setzen wir alles daran, diese im KBO-Konzern, den Kliniken des Bezirks Oberbayern, mit 7800 Mitarbeitenden zu halten. Als stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender des Konzerns habe ich hier die Aufgabe, in der Konzernsteuerung die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der Konzern erfolgreich geführt werden kann. Da haben wir alle miteinander bislang gute Arbeit für jährlich 130.000 Patienten geleistet.

**Welche Aufgaben gehen Sie im Bereich Kultur und Denkmalschutz an?**

**RS:** Der Bezirkstag fördert und unterstützt kulturelle Aktivitäten und Einrichtungen wie Museen, Theater, Orchester, etc.. Darüber hinaus ist er zuständig für den Denkmalschutz und die Pflege des kulturellen Erbes in der jeweiligen Region. In der Denkmalförderung gibt es beispielsweise Sanierungszuschüsse mit bis zu 50.000 Euro pro Einzelmaßnahme. Damit können wir im Raum Oberbayern Unterstützungsleistung geben zum Erhalt vieler Denkmäler, wie Feldkapellen, alte Bauernhäuser, historische Denkmäler, wie alte Schlösser oder

# PFLEGE G GROSSES THEMA.“

Bodendenkmäler, etwa keltische Gräber. Pro Jahr stehen uns dafür rund 2,5 Millionen Euro zur Verfügung. Über das Volksmusik-Archiv fördern wir örtliche Musikgruppen, die Verbreitung von volkstümlichem Liedgut und populärer Musik, die natürlich im Bereich der jungen Leute immer bedeutender wird. Das Zentrum für Musik und Literatur, ZeMuLi, in Bruckmühl angesiedelt, ist ebenso eine wichtige Einrichtung, wie das Zentrum für Trachtengewand in Benediktbeuren. Da geht es um Heimat und Kultur auch im Zusammenhang mit der Entwicklung der Kleidung in Bayern.

**Der Bezirk ist auch Träger von Förderschulen, Berufsschulen und Schulen für Kranke. Wie stellen Sie sicher, dass eine angemessene Bildungsversorgung für alle Schülerinnen und Schüler gewährleistet ist?**

**RS:** Im Bereich der Schulen sind wir zum Beispiel Sachaufwandsträger der Schule für Holz und Gestaltung in Garmisch-Partenkirchen. Im Agrarbildungszentrum in Landsberg unterstützen wir die Ausbildung junger Landwirte und Hauswirtschafterinnen auf die Zukunft gerichtet, etwa wie sich aufgrund der klimatischen Entwicklung die Bewirtschaftung der Höfe verändern wird. Eine wichtige Einrichtung ist auch das Schulzentrum Hören und Sprechen in Johanneskirchen, wo sich hörbeeinträchtigte junge Menschen in der Berufsausbildung befinden. In der Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule in Ingolstadt liegt der Förderschwerpunkt auf der körperlichen und motorischen Entwicklung. In all diesen Einrichtungen sieht man, welche Leistungsbereitschaft und -fähigkeit bei den jungen, behinderten Menschen vorhanden ist, und dass es sich lohnt, mit und für diese Menschen zu arbeiten.

**Wie sieht es denn mit der Regionalplanung und der wirtschaftlichen Entwicklung des Bezirks aus?**

**RS:** Wir sind als Bezirk Oberbayern mit rund 40 Einrichtungen in der Fläche von Eichstätt bis Bad Reichenhall vertreten. Diese Struktur wollen wir unbedingt erhalten. Wir müssen die Hilfe zu den Menschen bringen. Aber es droht Ungemach: Wir haben die Sorge, dass durch die anstehende Krankenhausreform viele kleinere Einrichtungen schließen müssen. Das wäre fatal für die betroffenen Menschen. Die Fahrwege würden dann von 20 oder 30 auf bis zu 150 Kilometer anwachsen. Die Betroffenen bekommen dann fast keine Besuche mehr und entfremden sich vom Umfeld und der Familie. Vor allem viele Behinderte Menschen sind davon betroffen, die monate- und jahrelang Betreuung

benötigen. Das wäre eine Katastrophe, gerade für viele Kinder und Jugendliche.

**Wie groß ist der Haushalt, der dem Bezirk Oberbayern für diese gesellschaftlich wichtigen Aufgaben zur Verfügung steht?**

**RS:** Mittlerweile ist der Haushalt gewaltig angestiegen auf knapp 2,5 Milliarden Euro. ☀️





# **FREIE WÄHLER**



**ANPACKEN FÜR BAYERN**





**FREIE  
WÄHLER**  
Oberbayern

**WERDEN AUCH SIE EIN**

**FREIER WÄHLER**

**Wenn Ihnen unsere Politik gefällt ..**

**Wenn Sie etwas bewegen möchten ..**

**Wenn Sie sich nicht verbiegen möchten ..**

**.. dann würden wir uns freuen Sie als aktives  
oder passives Mitglied bei uns begrüßen zu dürfen!**

**Einfach unter**

**[www.fw-bayern.de/mitglied-werden](http://www.fw-bayern.de/mitglied-werden)**

**oder den QR-Code scannen**



**ANPACKEN FÜR BAYERN**



**FREIE  
WÄHLER**

**EIGENTUM  
SCHÜTZEN**

**ERBSCHAFTSSTEUER  
ABSCHAFFEN**

**ANPACKEN FÜR BAYERN**